

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 42. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



14. Jahrgang

Mittwoch, 6. Juni 1934

Nr. 130

Dramatische Zuspitzung in Genf

Barthou gegen ein Bittgesuch um Deutschlands Rückkehr Konflikt mit Henderson

Genf, 5. Juni. Die gesamte Aufmerksamkeit der heutigen politischen Debatten in Genf konzentrierte sich auf die Resolution des Vorsitzenden Henderson.

Die heutigen Verhandlungen brachten eine Konfrontation der zwei grundsätzlichen Richtungen, entweder mit Deutschland über die Rückkehr zur Konferenz zu verhandeln und sich sofort über einige Maßnahmen auszupprechen, die eine Beschränkung der Rüstungen verwirklichen können, oder über die Sicherheit zu verhandeln. Die beiden Grundfälle stehen in einem sehr gefährlichen Augenblick aufeinander, was besonders aus der Tatsache hervorgeht, daß einige Delegierte schon wieder die Frage der Verantwortung für den eventuellen Mißerfolg der ganzen Abrüstungskonferenz berühren.

Minister Barthou lehnte die Resolution Hendersons als allzu zweideutigen Antrag mit großer Energie ab und stellte sich dagegen, daß mit Deutschland unter Umständen verhandelt werde, die für die Berliner Regierung Zugeständnisse darstellen sollten. Heute abends finden wieder eifrige private Verhandlungen unter den Delegierten statt, doch wird die Lage als äußerst ernst angesehen.

Die Aussprache im Büro der Abrüstungskonferenz war sehr lebhaft, ja dramatisch. Henderson begründete seine Feste, durch die er den toten Punkt der Konferenz überwinden wollte, und machte darauf aufmerksam, daß er nach den Erfahrungen von 30 Monaten der Ansicht sei, daß die Erledigung einiger politischer Probleme notwendig sei, wenn die Konferenz zu der Lösung gelangen sollte, die alle wünschen.

Nach einer halbstündigen Pause, welche die Delegierten zu einer Prüfung der Resolution Hendersons benutzten, wurde die Debatte wieder aufgenommen, die volle zwei Stunden dauerte. Der englische Delegierte Eden nahm die Resolution Hendersons vorbehaltlos an, auch der italienische Delegierte di Soragna stimmte dem Text der Resolution Hendersons grundsätzlich zu und betonte die Notwendigkeit einer politischen Vorbereitung für die Lösung der größeren Probleme.

Der französische Außenminister Barthou erklärte in einer großen Rede, daß die französische Delegation die Resolution Hendersons nicht annehme. Die französische Delegation, die ihren Standpunkt während der ganzen Zeit der Abrüstungskonferenz nicht geändert habe, sehe als Grundlage vor allem die Sicherheit an. Minister Barthou werde sich zu keinem Entgegenkommen unter dem Vorwand der Verschöblichkeit hergeben.

Hendersons Resolution enthalte die Worte, „mit den interessierten Mächten zu verhandeln“. Bedeute das Deutschland? Barthou hält diesen Teil des Resolutionstextes für überflüssig. Alles, was überflüssig sei, sei gefährlich. Es müsse genau gesagt werden, wer etwas unternehmen wolle.

Frankreich werde die Rückkehr Deutschlands nach Genf begrüßen, die eine Hauptbedingung für ein endgültiges Abrüstungsabkommen sei.

Wenn wir, sagte Barthou, mit Deutschland verhandeln wollen, so sei es. Aber worauf sollen wir warten? Wir warten auf dem Völkerbunde, den es grundlos verlassen hat, seine Bedingungen stellen. Das würde eine Entwürdigung des Völkerbundes bedeuten. Wer wird das vorschlagen? Werden Sie Deutschland ersuchen, nach Genf zu kommen und Bedingungen zu stellen?

Barthou geht nicht so weit. Er wünscht, daß Deutschland ohne Zwang zurückkehre und wenn es in Genf sein werde, könnten die Bedingungen der Veröhnung diskutiert werden. Ueberhaupt gebe Barthou keinem Abkommen den Vorzug vor einem schlichten Abkommen. Barthou ist für die Rückkehr der Verantwortlichen, aber auch verantwortlichen Deutschland. Die Stellung der französischen Delegation sei klar und präzis.

Ohne Sicherheit sei ein Abrüstungsabkommen nicht möglich!

Der Vorsitzende Henderson ergriff unter sichlicher Verwendung das Wort und legte dar, daß er unparteiisch beitreten gewillt sei, für den Hauptausfluß der Abrüstungskonferenz eine Arbeitsmethode zu finden.

Die Sicherheit sei in seiner Resolution ebenso gelöst wie die Abrüstung. Wenn Minister Barthou eine andere Arbeitsmethode habe, möge er sie vorschlagen. Henderson ist der Ansicht, daß die Abrüstungskonferenz das Leben vieler junger Männer in der Welt in der Hand habe. Deshalb werde Henderson die Abrüstungskonferenz nicht mit leichtem Herzen schließen. Es werde niemals Sicherheit bestehen ohne Abrüstung. Möge die französische Delegation ihre Anträge vorlegen oder möge der Hauptausfluß zusammenfassen und erklären, daß man zu keinem Ziele gelangen könne.

Streitfall Ungarn kontra Jugoslawien

soll auf direktem Wege beigelegt werden.

Genf, 5. Juni. Der Völkerbundsrat verhandelte heute in öffentlicher Sitzung über die Beschwerde der ungarischen Regierung gegen die Regierung Jugoslawiens in Angelegenheit der ungarisch-jugoslawischen Grenzwirtschaftsfälle.

Nach Anhörung der Ausführungen der Vertreter der beiden Regierungen gab der Vorsitzende des Völkerbundesrates Vasconcellos bekannt, daß die Angelegenheit durch unmittelbare Verhandlungen der beiden Regierungen ohne weiteres Eingreifen des Völkerbundesrat erledigt werden wird. Diese Entscheidung wurde in Genf mit Befriedigung aufgenommen, denn die allgemeine Anschauung geht dahin, daß die Frage der Grenzbeziehungen zwischen Ungarn und Jugoslawien längst, und zwar ohne Verusung auf Artikel 11 des Völkerbundespactes, hätte erledigt sein können.

Streiklage der USA-Stahlindustrie

London, 5. Juni. Aus Washington wird berichtet, daß die Stahlwerke im Hinblick auf die Möglichkeit eines Generalstreikes in der Stahlindustrie am 16. Juni große Wasserkraftanlagen anlegen. Der Gouverneur von Pennsylvania, Binchot, der Montag dem Präsidenten Roosevelt im Weißen Hause Bericht über die Lage erstattete, sagte später, die Lage sei sehr ernst, er sei aber auf jede Möglichkeit vorbereitet.

Blutiger Straßenkampf

Zwischen französischen Linken und Rechten

Paris, 5. Juni. In Roubaix sollte gestern abends ein Vortrag des rechtstehenden Abgeordneten Henriot stattfinden. Die Kommunisten und Sozialisten sperren die Straßen vor dem Vortragssaal, um den Zutritt zu verhindern. Polizeibereitschaft, zu Fuß und zu Pferde, schritt ein, doch verbarrikadierten sich die Demonstranten. Es kam zu einigen heftigen Zusammenstößen mit der Polizei, die schließlich die Straßen räumte, so daß der Vortrag stattfinden konnte. Als die Versammlungsteilnehmer nach Beendigung des Vortrages den Saal verließen, kam es zu neuen Ausschreitungen zwischen den Anhängern der Linken und der Rechten. Ungefähr 100 Personen wurden durch Steine und andere Gegenstände verletzt, davon 12 schwer.

In der weiteren Aussprache führte Minister Barthou an, daß die Konferenz vor der Geschichte eine große Verantwortung habe. Als Chef der französischen Delegation sei er der französischen Regierung verantwortlich und gezwungen, den Vorschlag abzulehnen, auch wenn er von dem Konferenzvorsitzenden gestellt wurde. Was das Wesen der behandelten Probleme anlangt, ist Barthou zu Verhandlungen auch in den öffentlichen Sitzungen bereit. Barthou hat nichts gegen den Vorsitzenden der Konferenz und ersucht ihn, nicht seine Demission zu geben. Es handle sich um einen Streit von Doktrinen, nicht von Personen.

Henderson stellte hierauf fest, daß Minister Barthou weder die Teilnahme in dem Ausschuss für die Ausarbeitung einer Arbeitsordnung noch den Antrag des Vorsitzenden angenommen habe und auch selbst kein Arbeitsprogramm ausarbeiten wolle. Der Vorsitzende vertagte hierauf die weiteren Beratungen auf morgen.

Griechischer Expremier im Parlament verwundet

Athen, 5. Juni. In der Kammer ereignete sich gestern ein Zwischenfall, als der frühere Ministerpräsident Papanastasiu in scharfen Worten den Kriegsminister Kondylis angriff. Darauf warf ein Abgeordneter einen Stuhl gegen Papanastasiu, der am Arm verwundet wurde. Unter großem Lärm wurde die Sitzung unterbrochen. Der Ministerrat wird in einer Sonder Sitzung zu dem Vorfall Stellung nehmen.

Höllmaschine auf dem Agramer Bahnhof

Agram, 5. Juni. Heute nach 12 Uhr Mittag explodierte auf dem hiesigen Hauptbahnhof in der Toilette des direkten Wagens Paris — München — Salzburg — Agram — Belgrad eine Höllmaschine, durch welche namhafter Sachschaden an dem Wagen verursacht wurde. Verletzt wurde niemand. Nach den gepflogenen Erhebungen muß die Höllmaschine noch vor Einlangen des Schnellzuges in Jugoslawien, vermutlich auf österreichischem Boden eingebaut worden sein. Man glaubt, daß es sich wieder um eine Demonstration der im Auslande lebenden kroatischen Terroristen handelt.

Die Untersuchung der Pariser Fieberereignisse

Paris, 5. Juni. Die Parlamentskommission zur Untersuchung der Verantwortlichkeit für die blutigen Fieber-Ereignisse steht vor dem Abschluß ihrer Arbeiten. Gestern genehmigte sie den Bericht des Abgeordneten Appell über die Manifestationen vom 6. Fieber auf der Place de la Concorde. Der Bericht unterzieht den Sicherheitsdienst einer scharfen Kritik, rügt überflüssige Brutalitäten der Sicherheitsorgane, führt die Umstände an, unter denen die Polizei auf die Manifestanten schoss, konstatiert aber andererseits, daß sich die Manifestanten gleichfalls Gewalttätigkeiten zuschulden kommen ließen, daß sie auf die Sicherheitsorgane geschossen und sie zur Erwidern des Feuers und zur Verteidigung gezwungen hätten.

Fascistische Kulissenschiebererei

Vor der Machtergreifung Hitlers stellten sich die europäischen Staaten in zwei Mächtegruppen, in die Gruppe der Friedensrevisionisten und die der Antirevisionisten. Diese Teilung war damals noch nicht ganz klar, doch je mehr der Faschismus in Europa Platz gewonnen hat, wurde es immer deutlicher, daß Revisionismus Faschismus bedeutet und auf Seiten der Antirevisionisten die demokratischen Staaten stehen.

Die Führung dieser faschistischen Revisionisten hat Italien übernommen. Vor einem Jahr schien es so, daß es Mussolini gelingen wird, eine neue „heilige Allianz“ zu schaffen, welche das Schicksal Europas grundlegend beeinflussen wird. Der alte Dreieck vor dem Kriege — Italien, Deutschland, Österreich-Ungarn — war wieder auferstanden, als Anhängel gehörten noch Bulgarien und Albanien dazu. Aber der Internationalismus des extremen Nationalismus ist eben ein schweres Experiment. Die führenden faschistischen Staaten, Deutschland und Italien, haben das entgegengekehrte Interesse bei den verchiedenen Vasallenstaaten, es entstand ein Bruderkrieg um Österreich zwischen Hitler und Mussolini, in Albanien wurde der italienische Einfluß zurückgedrängt, in Bulgarien siegte in den letzten Tagen eine Diktatur, welche den Braunhemden, sowie den Schwarzhemden gleich abhold ist.

So wechselten die Fronten, der faschistische Staatenbund verram in dem „römischen Abkommen“, in welchem bescheiden wichtige handelspolitische Vereinbarungen und großsprecherische aber unkonkrete politische Versprechungen enthalten sind. Das römische Abkommen ist nicht nur gegen Frankreich und die kleine Entente, sondern auch gegen Deutschland gerichtet. Was Italiens zwei Mitunterfertiger, Ungarn und Österreich, aus diesem Abkommen profitieren werden, ist recht fraglich. Italiens Wirtschafts- und Finanzlage wurde in den letzten Wochen durch schwere Krisenschläge gewaltig erschüttert. Politisch ist es um Mussolini ebenfalls still geworden. Der Schwerpunkt der europäischen Politik wurde aus Rom wieder nach Paris, oder sogar nach Genf verlegt und die europäische Öffentlichkeit interessiert sich nicht mehr für die Rede Mussolinis, höchstens, wenn es sich um die gefährdete Lire handelt.

Ja, die internationale Front des Faschismus hat starke Sprünge bekommen. Eine „Einheitsfront“ wäre notwendiger als je. Aber wie dies erreichen? In Wien werden unter dem Protektorat Mussolinis die Anhänger und Freunde Hitlers drangaliert und eingesperrt und das „heilige“ Hakenkreuz ist verboten. Der einzige Verührungspunkt liegt in Budapest. Ungarn hält seine freundschaftlichen Beziehungen zu Hitler aufrecht und ist des Duce's ältester und treuester Vasalle. Der ungarische Faschismus soll zwischen Deutschland und Italien, aber auch zwischen Deutschland und Österreich vermitteln.

Diese Vermittlungsarbeit wird in diesen Tagen mit Hochdruck verrichtet. Kaum hatte man die Speisereihe des Diners zu Ehren Goering's beim Reichsbewerfer Horthy und Ministerpräsidenten Gömbös weggeräumt, mußte man schon für Fürst Starhemberg den Tisch decken. Der „zweite Mann“ Nazideutschlands hat Platz gemacht dem „zweiten Mann“ des faschistischen Österreich. Es ist kein Zufall, daß eben jetzt nicht Herr Dollfuß in Budapest erschien. Er ist zur Zeit für die Habsburger-Lösung, dagegen neigt Starhemberg mehr zu einer Veröhnung mit Deutschland. Und die Antilegitimisten Horthy und Gömbös wünschen auch keinen Habsburger in der Nachbarschaft und wünschen viel eher noch den Anschluß. Sie tun auch alles, um diese Veröhnung und dadurch eine Veröhnung zwischen Deutschland und Italien herbeizuführen. Durch diese Veröhnung wollen sie der faschistischen Front die Schlagkraft zurückgeben. Gleichzeitig will die ungarische Regierung damit ihre eigene

Position verstärken. Diese Position scheint im Inlande sowie stark zu sein. Wenn auch die Regierung des General Gombos keine wirtschaftlichen oder sonstigen Erfolge erreicht hat, wird sie im öffentlichen Leben überhaupt nicht bekämpft. Das Anwachsen der oppositionellen Stimmung im Jahre 1931 und 1932 wurde durch starke diktatorische Maßnahmen unterdrückt. Eine Gegenbewegung konnte das herrschende Regime nicht hervorbringen, da doch alle faschistischen Schlagwörter und Versprechungen in Ungarn bereits früher verbraucht wurden. Dann aber kamen die neuen faschistischen Siege in Europa. Die Diktatur in Deutschland, in Jugoslawien, Österreich, Polen usw. Wenn auch der Faschismus in Ungarn nicht ganz neu geboren werden kann und nur Anfänge einer neuen faschistischen Ideologie (hauptsächlich bei den jungen, früher „linkradikalen“, „kommunistischen“ Schriftstellern) zu beobachten sind, sind die ausländischen faschistischen Siege dazu gut, die linksstehenden Kräfte zu zermürben, alles halbwegs demokratische einzuschüchtern. Fällt irgendwo eine Bemerkung oder eine Kritik über eine volksfeindliche Maßnahme, so drohen die rechtsgerichteten Kreise sofort mit faschistischen Retorsionen, sie zeigen nach dem Auslande, demgegenüber in Ungarn noch zu viel Freiheit herrscht.

So, in Ungarn herrscht Freiheit, in Ungarn ist die sozialdemokratische Partei nicht verboten, doch kann sie eben ihre Tätigkeit nur unter polizeilicher Aufsicht ausüben. Die Gewerkschaften leben auch, aufopfernd erhalten sie ihre Rahmen, nur bekommen ihre Mitglieder keine Arbeitslosenunterstützung und so ist ihr materieller Bestand durch Ausbleiben der Mitgliedsbeiträge gefährdet. Uebrigens wird seit einem Jahr mit einem Gesetz über „Freiheit der Arbeit“ (Gleichschaltung, Verstaatlichung der Gewerkschaften) gedroht. Arbeiterportvereine, Naturfreunde, Arbeiterpresse leben auch, nur werden sie ohne Unterlass diskantiert und gemohregelt, unterdrückt und verfolgt.

So sieht die große Demokratie in Ungarn aus. Die Tatsache aber, daß die Regierung diese Scheindemokratie doch nicht ausmergen will, zeigt den verkehrten Punkt ihrer angeblichen Stärke. Die Gegenrevolution in Ungarn stützt sich heute auf keine Volksbewegung und um die sozialistische Volksbewegung auszurotten oder wenigstens auf eine längere Zeit zu unterdrücken, braucht man eine, wenn auch mit falschen Schlagwörtern irreführende Volksbewegung. Wie schon gesagt, in Ungarn wirken diese falschen Schlagwörter nicht, der Faschismus kann keine neuen Kräfte gewinnen, höchstens kann er seine alte Position erfolgreich verteidigen.

Dieser Verteidigung sollten auch die außenpolitischen Erfolge dienen. Darum arbeitet die Gombos-Regierung so heftig an dem Wiederaufbau des Reiches der faschistischen Staaten. Darum versucht Budapest sich als Versöhnungsort und Friedensvermittler den verschiedenen miteinander schmolgenden Herren Diktatoren anzubieten. Wird der Versuch von Erfolg gekrönt sein? Naum. Wir Internationalisten wissen es, ein Internationalismus der Chauvinisten ist auf die Dauer undenkbar. Auf etwas Unmögliches sagt eine ungarische Redewendung „aus Holz ein

Eisenrad“. Man kann dieses Holz so bemalen, daß es die Farbe des Eisens zeigt und vorübergehend glaubt man, es sei ein Eisenrad, aber die Farbe wegt ab, und das verkaufende Holz fällt

auseinander. Der internationale Bund der anti-internationalen Faschisten hat sich und wird sich als zerfallendes Holzrad erweisen.

M. Marton.

Pensionsnovelle auf Donnerstag vertagt Dubickys Vorstoß noch nicht liquidiert

Prag, 5. Juni. Zum erstenmal nach der längeren Pause, die durch die Präsidentenwahl bedingt war, traten heute wieder beide Häuser der Nationalversammlung zu Arbeitssitzungen zusammen.

Im Parlament hat die Regierung, wie bereits angekündigt, die außerordentlich komplizierte Vorlage über den Bauergesetz eingebracht, über die wir an anderer Stelle berichten. Im Plenum selbst wurde nach einem Aufruf für die kürzlich verstorbenen Abgeordneten Jelinek und Myslivec die Pensionsversicherungsnovelle in Verhandlung gezogen, aber entgegen den ursprünglichen Dispositionen heute noch nicht zur Abstimmung gebracht.

Während im Sitzungssaal zwei Referenten und acht Debatteredner einander ablösten, dauerten die Auseinandersetzungen über die von dem Abgeordneten Dubicky beantragten Resolutionen, in denen die Auffassung der deutschen Amtstellen der Pensionsanstalt und eine Verschärfung der Sprachpraxis gefordert wird, in unverminderter Schärfe an.

In dem vom sozialpolitischen Ausschuss eingesetzten Subkomitee konnte eine Einigung nicht erzielt werden, da unsere Partei selbstverständlich nicht bereit ist, sich unter ein laudinisches Joch zu beugen. Die eigenen Klubkollegen des Herrn Dubicky sind von seinem allen Koalitionsgepflogenheiten widersprechenden Vorgehen keineswegs begeistert und beharren auch nicht auf der von ihm vorgeschlagenen Fassung der Resolution. Dafür haben die Nationaldemokraten und Hlinka-Reute die Resolution Dubicky zu der ihren gemacht und beabsichtigen sie im Plenum einzubringen.

Kamentlich für die Nationaldemokraten ist die ganze Geschichte natürlich ein gesundes Freisetzen und so bemühte sich in der Debatte ihr Sprecher Dr. Fousel aus Leibeskräften, noch weiter Del ins Feuer zu gießen und womöglich eine große Koalitionskrise zu konstruieren.

Touzel erklärte u. a., man müsse sich direkt wundern über die Geduld, mit der die tschechischen Koalitionsparteien sich dazu hergeben, eine unendliche Fülle von Kompromißformeln zu suchen, um es der deutschen Sozialdemokratie zu ermöglichen, einer Resolution zuzustimmen, die die Liquidierung dieses angeblichen „sprachlichen Monstrums“ fordere. Herr Dr. Touzel forderte die tschechischen Koalitionsparteien direkt auf, von den deutschen Sozialdemokraten die Zustimmung zu dieser Resolution zu erzwingen.

Der Sprecher unserer Fraktion, Genosse Macoun, ging in seiner Rede auf den Zwischenfall Dubicky ganz offen ein und erklärte, daß dadurch ein durchaus unnötiger Schattenschein in die sonst gut verlaufenen vorparlamentarischen und Ausschüßerverhandlungen hineingetragen worden sei. Dubicky habe dort wieder die Aufhebung der deutschen Amtstellen verlangt, also eine Sache zur Sprache gebracht, die man nach den Auseinandersetzungen des Jahres 1928 anlässlich der

Verhandlung des neuen Pensionsversicherungsgesetzes eigentlich als vollständig erledigt ansehen sollte.

„Ich will hier sagen“, erklärte Genosse Macoun, „daß unsere Partei und unser Klub mit allem Nachdruck die Aufrechterhaltung dieses Bruchstückes der Selbstverwaltung für die Angestellten und insbesondere für die deutschen Angestellten fordern. Dieses Stück der Selbstverwaltung für die deutschen Versicherten wurde schon seinerzeit auf einen Bruchteil herabgesetzt, als von sechs Amtstellen die in Troppau aufgelassen und die Funktionen der beiden deutschen Amtstellen in Prag und Brünn eingeschränkt wurden.“

Ich kann gerade namens unserer Partei feststellen, daß es die deutsche Sozialdemokratie im alten Österreich war, die das Verlangen nach dieser sprachlichen und administrativen Teilung der Pensionsversicherung auf nachdrücklichste unterstützt hat. Deswegen haben wir als deutsche Sozialdemokraten auch das volle Recht, nunmehr die Aufrechterhaltung dieser ohnehin schon stark eingeschränkten Einrichtung zu fordern. Die Hinweise auf die Kostspieligkeit der Zentralisierung des Verwaltungsapparates sind hinsichtlich der Landesstellen geschaffen wurden, gab es in der Allgemeinen Pensionsanstalt in ganz Österreich 100.000 Versicherte, heute allein bei uns in der Tschechoslowakei 340.000!

Wir müssen daher in dem Antrag des Herrn Abgeordneten Dubicky einen höchst unzulässigen nationalpolitischen Ausschlag erblicken und wir lehnen ihn auf das schärfste ab, um so mehr, als er nach den seinerzeitigen Auseinandersetzungen einer Vereinbarung widerspricht, die nun wieder durchbrochen werden soll.

Wir fordern die Aufrechterhaltung und den Ausbau der deutschen Amtstellen aus Gründen der notwendigen sprachlichen und administrativen Zweckmäßigkeit!

(Die Ausführungen des Genossen Macoun zur Pensionsnovelle selbst werden wir morgen nachtragen.)

Während sich diese Auseinandersetzungen im Sitzungssaal abspielten, wurde innerhalb der Koalition nach einem Kompromiß gesucht, das den chauvinistischen Vorstoß abbiegen soll, ohne daß Dubicky eine allzu empfindliche Blamage erleidet. Nach diesen in einer Beratung der politischen Minister aufgetauchten Kompromißvorschlägen soll die Resolution Dubicky in ihrer ursprünglichen Form, wie sie nun von den Nationaldemokraten und Hlinkaleuten angenommen wurde, abgelehnt werden; dafür soll aber eine Koalitionsresolution eingebracht werden, die dem Fürsorgeministerium aufträgt, eine Vereinheitlichung der Organisation der Pensionsversicherung vorzubereiten, ohne daß von den deutschen Amtstellen ausdrücklich die Rede wäre. In sprachlicher Hinsicht soll lediglich gesagt werden, daß dabei auf die

Einhaltung des Sprachengesetzes geachtet werden soll.

Eine Einigung darüber kam jedoch heute nicht zustande. Daher wurde gegen Abend die Abstimmung über die Pensionsversicherungsnovelle, die an sich nicht strittig ist, auf die nächste Sitzung verschoben, die für Donnerstag, den 7. Juni um halb 11 Uhr anberaumt wurde. Inzwischen dürften die Bemühungen, einen Ausweg zu finden, weitergehen. Wie wir erfahren, ist für morgen eine Vorgesprache der deutschen Sozialdemokraten, denen sich auch die Landbündler anschließen dürften, mit dem Ministerpräsidenten geplant.

Böhmische Landesvertretung

Dienstag, den 5. Juni, trat die böhmische Landesvertretung zu einer Session zusammen, die voraussichtlich drei Tage dauern wird. Zu Beginn der Sitzung gedachte der Landespräsident der Wiederwahl Majaryks und beantragte die Absendung eines Glückwunschtelegrammes an den Präsidenten, was einstimmig beschlossen wurde.

Sodann leisteten die an Stelle der deutschen nationalen Landesvertreter einberufenen Erlahmänner Adam Behr und Alfons Czernach, die auf der Kandidatenliste des „Sudetendeutschen Volksverbandes“ kandidiert haben, die Angelobung.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete der Antrag des Landesauschusses, womit Bezirken und Gemeinden, welche Straßenbauten ausführen, vom Lande die Zinsen für die erforderlichen Darlehen gezahlt werden. Ein Verzeichnis der betreffenden Straßenbauten ist beigefügt, von deutschen Bezirken werden Landskron, Marienbad, Schüttenhofen, Trautmann, Saaz, Luditz und Schludenzau bedacht. Dazu stellt Genosse Jliner einen Antrag, den in Böhmen liegenden Teil der Straße Landskron-Schilberg auszubauen. Dies ist notwendig, um die Verbindung der Fernstraßen Prag-Brünn einerseits und Prag-Troppau andererseits zu schaffen und weiters aus dem Grunde, um der von Arbeitslosigkeit schwer betroffenen Bevölkerung Arbeit zu schaffen. Die Schwierigkeit der Geldbeschaffung und die Schwierigkeit des bürokratischen Apparates verhindern am stärksten den Ausbau unserer Straßen.

In derselben Angelegenheit sprach noch Genosse Deistler: Er führte u. a. aus: Durch die Landesstraßenaktion wurde es einer ganzen Anzahl von Bezirken unmöglich, ihr Straßennetz auszubauen. Die Straßenbauten haben auch beigetragen, die Arbeitslosigkeit in den betreffenden Bezirken etwas zu mildern. Anstatt nun die Landesstraßenaktion zu erweitern, soll diese Aktion im Jahre 1935 nicht mehr weiter geführt werden. Die Anregung der Einstellung der Straßenaktion geht vom Obersten Rechnungsfontrollamt aus. Redner ersucht die Landesvertretung, diese Absichten zurückzuweisen und die Straßenbauaktion weiterzuführen.

Der Antrag des Landesauschusses wird sodann angenommen, der Antrag Jliner, dem Landesauschuss zugezogen.

Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

Olympiade Prag Atsvereine, sendet die Fragebogen zur Olympiade ein!

Unsere Töchter, die Nazinen

Roman von Harmynia Zur Mühlen

Sobald ich mich jedoch in Sicherheit gebracht hatte, sah alles anders aus. Mein Gott, man muß eben Verständnis für die lodende Volksseele aufbringen. Und eigentlich war es ein drohlicher Anblick. Der Kommunist entkam leider; aber das war nur die Schuld dieser verrückten Claudia, die sich laut schreiend den waderen Wurzeln entgegenstellte und etwas von der Würde der Bewegung brüllte. Einen Augenblick machte sie die Jungens stuhlig. Und dieser Augenblick genügte, um dem Nazisten einen Vorsprung zu geben. Claudias Geliebter kommandierte die Leute; er lachte laut, über die Ausregung der alten Jungfer und schob sie dann, sanft, aber energisch beiseite, so daß sie gegen eine Hausmauer taumelte. Ich machte mir nachher Gedanken über den Vorfall. Wie kam Claudia dazu, der Gerechtigkeit in den Arm zu fallen? War es möglich, daß diese mannstolle Person auch mit dem Kommunismus etwas hatte? Die Soldaten sind katholisch, und man kennt ja die Unmoral dieser jesuitisch verfeuchten Menschen. So hat zum Beispiel in einer Nachbarstadt ein Pfarrer gewagt, von der Kanzel unseren herrlichen Führer zu beschimpfen. Ein alter Mann, der es wirklich besser wissen mußte. Aber natürlich, diese internationalen Gefellen, die sich von einem Fremden vorschreiben lassen, was sie tun sollen, die in Sünde mit ihrer Wirkstofflerin leben, die fast eben so undeutsch sind, wie die Juden. Der Alte sieht heute im Konzentrationslager und es geschieht ihm ganz recht. Deshalb folgt er nicht dem Beispiel des braven Herrn von Papen, der

sich in allem unserem Führer unterwirft? Freilich ist der Alte ein Bauernsohn, der nichts von Kultur und Verfeinerung versteht, ein Bauer, die ja immer so gemein sind, und Herr von Papen gehört einem altadeligen Geschlecht an und hat sich schon während des Weltkrieges in Amerika durch seine Klugheit ausgezeichnet. Er begreift, als Deutscher und Edelmann, daß man nicht der Hure Babylon dienen darf. Wemgleich es ihm schwer fallen muß, hat er doch nicht Luthers teuchelndes Vorbild vor sich. Wenn ich bedenke, wie unser Luther mit den aufrührerischen Bauern fertig wurde, mit den Menschen, die das heilige Evangelium fälschten und sich zu Herren machen wollten! Ich danke Gott alle Tage meines Lebens, daß ich im evangelischen Glauben aufgewachsen bin. Dieser verberbte junge Leutnant von den Kaiserjägern, der meiner Tugend als deutscher Frau und Mutter fallen stellen wollte, was ihm selbstverständlich nicht gelungen ist, was ja auch ein Katholik. Es ist eigentlich schrecklich, wenn man überlegt, welchen Gefahren eine reine Frau von Seiten der Juden und Katholiken ausgesetzt ist. Aber Deutsche sein, heißt, eine Sache um ihrer selbst willen tun; und was schaut schon bei so etwas heraus, außer Unannehmlichkeiten und Gefahren?

Ich bin ja so froh, daß meine liebe Liefelotte in allen Ehren den Brautverschleier wird tragen dürfen, wie es ihre Mutter vor ihr getan hat. Die Hochzeit soll mit allem Pomp gefeiert werden. Ich habe auch die Frau Major dazu eingeladen; wenn ich bedenke, wie großartig sie immer mir gegenüber getan hat, so wundere ich mich fast über meinen Langmut. Sie hat auch voller Freude zugesagt. Ich hätte ja gerne auch ihre Mutter, die Frau Generalin, dabei gehabt; eine Generalin, die eine geborene Freifrau ist, macht sich immer gut. Aber die arme alte Dame ist wirklich, wie ich schon lange vermutete, nicht mehr recht im Kopf; sie hat mit fast unhöflichen Worten die Einladung ausgeschlagen.

Uebrigens wäre um ein Haar nichts aus der Hochzeit geworden. Arthur, mein geliebter Mann, ist wirklich ein Fanatiker. Er scheint nicht einmal davor zurück, das Glück seines einzigen Kindes zu zerstören, wenn es sich um das Wohl der Bewegung handelt. So hat er in alten Papieren entdeckt, daß Eberhards Ururgroßvater mütterlicherseits ein getaufter Jude war. Als er es mir mitteilte, war mir zu mule, als versinke unter meinen Füßen der Boden. Eberhard, dieser herrliche urgermanische blonde Jüngling! Daß so etwas beim Stahlhelm vorkommen kann, ist ja begreiflich, aber bei uns! Ich war verzweifelt, denn schließlich ist Liefelotte an die dreißig und früher. . . Jedenfalls würde sich nicht so bald eine ebenso gute Partie für sie finden. Wir hielten einen Familienrat ab, Eberhard wurde gewissermaßen vor unser Familiengericht gerufen. Dann jedoch löste sich alles in eitel Freude auf. Mein künftiger Schwiegervater, der Baron Hellendorf, erklärte feierlich, es gäbe im Familienarchiv Briefe, die eindeutig bewiesen, daß in seinen Adern kein Tropfen fremdhämmigen Blutes fließe. Seine Ururgroßmutter habe mit einem Reichherrn Elz von Ribbenack ein Verhältnis gehabt und das Kind, das einzige, das sie geboren hatte, sei die Frucht dieser Liebe gewesen. Mir fiel ein Stein vom Herzen da er dies erklärte. Und ich empfand tiefes Mitleid mit der armen Frau, die, aus finanziellen Gründen zu der Ehe mit dem Fremdhämmigen gezwungen, den Mut befehlen hatte, das adelige Blut der Familie durch einen Ehebruch zu retten. Ich fühlte auch Bewunderung für ihren Heldennut: denn eigentlich ist Ehebruch eine schwere Sünde. In diesem Fall jedoch war es eine Tat, die nur Lob und Anerkennung verdient. Eberhard war dermaßen über unsere Rücksicht gerührt, daß er alles daran setzte, um Arthur's Wirkungskreis zu vergrößern, was ihm auch gelungen ist. Und ich darf mich ohne Nebengedanken auf die Kinderchen freuen, die meine Liefelotte ihrem lieben Mann schenken

wird. Freilich behauptet sie jetzt noch, wie das so viele junge Mädchen aus Schamhaftigkeit tun, daß sie keine Kinder haben wolle, aber ihr Vater hat schon erklärt, das ginge nicht an: die deutsche Frau müsse vor allem Mutter sein und jetzt gebe es keine milden Urteile mehr für jene pflichtvergessenen Weiber, die sich dieser heiligen Pflicht entziehen wollen.

„Selbst die unehelichen Kinder, insofern sie rein arisch sind“, sagte mein großmütiger lieber Mann, „müssen ausgetragen werden. Wir brauchen Menschen, viel Menschen.“

„Wozu?“ fragte Liefelotte, der bisweilen der Schelm im Nacken sitzt. „Wir können doch jetzt schon die Leute nicht beschäftigen?“

Arthur jedoch läßt in so ernsten heiligen Dingen nicht mit sich spaßen.

„Deutschland“, erwiderte er hart, „braucht wieder ein großes Heer. Es ist die patriotische Pflicht jeder Frau, wenigstens vier Kinder zu gebären.“

Das klang ja ganz einleuchtend, und mir wurde warm ums Herz bei dem Gedanken, daß unsere Enkel ausziehen werden, um den Eroberer zu schlagen. Das heißt, meine Enkel sollen es nicht; für die wird sich schon im Hinterland etwas finden lassen; aber die Arbeiterfrauen dürfen der großen Ehre teilhaftig werden, daß ihre Kinder den Heldentod finden.

Mein armer Arthur hat ja seinerzeit so darunter gelitten, daß er, seines kleinen Gebrechens wegen, nicht in den Krieg ziehen und für unser geliebtes Vaterland kämpfen durfte. Er hat, sozusagen, das Militärische im Blut. Deshalb geht er auch immer nur in Begleitung von vier großen starken S. A.-Männern aus dem Haus, ganz wie unser verehrungswürdiger Führer Goebbels.

(Fortsetzung folgt.)

Regress vorgelegt in Jahresraten von 6 Prozent zahlbar

Prag, 5. Juni. Ueber die heute aufgelegte Regierungsvorlage „über den Regress und über die Wohnungswirtschaft der Gemeinden und gemeinnützigen Baugenossenschaften“, die selbst für anerkannte Fachleute eine harte Nuß ist und für den Laien vollends berichterfaher heute Informationen gegeben, die Zweck und Inhalt des Gesetzes gemeinverständlich erläutern. Wir entnehmen ihnen folgendes:

Der Entwurf des Regressgesetzes regelt den Ertrag, welchen die Baubehörden zahlen sollen, welche nach den Baubewegungsgesetzen aus den Jahren 1919—1924 eine staatliche Unterstützung erhalten haben. Diese Unterstützung erfolgte entweder in der Form eines Staatsbeitrages, wo sich der Staat verpflichtete, durch 25 Jahre einen bestimmten Prozentsatz des Bauaufwandes zu zahlen, oder dadurch, daß der Staat die Zinsen und Amortisation der Bauleihe garantierte, die mit einem bestimmten Prozentsatz des Bauaufwandes berechnet waren. Die Höhe dieser garantierten Anleihe war nach den verschiedenen Baubewegungsgesetzen und je nachdem verschieden, ob der Bauherr eine Privatperson, eine Gemeinde oder eine Baugenossenschaft war. Der Bau eines Hauses war damals sehr riskant, weil die Preise der Baumaterialien rasch steigen waren, ebenso der Zinsfuß. Mit Rücksicht auf dieses Risiko wäre die Baubewegung ohne Unterstützung des Staates überhaupt nicht möglich gewesen. Einzelne der Baubewegungsgesetze haben schon damit gerechnet, daß die Baubehörden in Zukunft dem Staate einen Teil dessen ersetzen werden, was er für sie in Form der Garantie zahlt.

Tabei haben diese Gesetze und die zuständigen Behörden damit gerechnet, daß die Beträge, die bis Ende 1925 vom Staat gezahlt werden, nicht vom Bauherrn zurückberlangt werden, und daß nach diesem Termin der Ertrag so bemessen wird, daß die Mietzinsen der gefälligen Höhe für jene Wohnungen angepaßt werden, die unter dem Mieterschutz stehen. Die Regierungsvorlage unterscheidet genau zwischen Häusern, die mit Staatsgarantie, und solchen, die mit einem Staatsbeitrag gebaut wurden.

Im Falle des Bauens mit Staatsgarantie ist der Regress gleich dem Betrag, um den die garantierte Anleihe einem bestimmten, im § 4 des Gesetzes festgelegten Prozentsatz des Bauaufwandes überschreitet. Dieser Prozentsatz, der dem kapitalisierten Anfangswert der bisherigen staatlichen Leistungen entspricht, ist je nach den Baugesetzen, nach denen der Bau durchgeführt wurde, und je nach dem ob der Bauherr eine Privatperson oder eine Gemeinde, bzw. Baugenossenschaft ist oder ob es sich um Familienhäuser oder um Mietshäuser handelt, verschieden. Er beträgt bei Privatpersonen 16,66 bis 46,52 Prozent, bei Gemeinden und Baugenossenschaften 33,48 bis 62,03 Prozent des gesamten Bauaufwandes. Die Differenz zu der garantierten Anleihe soll als Regress der Staatskasse zurückgezahlt werden.

Ein Beispiel: Familienhäuschen eines privaten Bauherrn (Gesetze 100/21 und 45/22):
Bauaufwand 100.000 K., garantierte Anleihe 60 Prozent, d. s. 60.000 K.
Anfangswert der staatlichen Leistungen 46,52 Prozent des Bauaufwandes, d. s. 46.520 K.
Der Regress beträgt daher 13.480 K.
Bei Gemeinde- und Baugenossenschaftshäusern ist der Anfangswert im allgemeinen höher, der Regress daher geringer. Bei Mietshäusern ist dagegen der Anfangswert geringer bemessen, der zu leistende Regress daher viel höher und kann nach den angeführten Beispielen weit über 30 Prozent des Bauaufwandes erreichen.

Bei dem Staatsbeitrag, der gewöhnlich in Form von staatlichen Zuschüssen auf 25 Jahre erteilt, an jene Baubehörden gewährt wurde, die keine Anleihe benötigten, wird die Bestimmung des Regresses auf andere Weise durchgeführt: Ausgangspunkt ist der gegenwärtige Schätzwert des Hauses, der amtlich festgestellt wird.

Der Regress ist dann gleich dem Betrag, um den der Anfangswert der staatlichen Leistung größer ist als die Differenz zwischen dem Bauaufwand, von dem der Beitrag bemessen wurde, und dem niedrigeren Schätzwert des Hauses.

Ist der gegenwärtige Schätzwert des Hauses viel geringer als der seinerzeitige Bauaufwand, so wird also überhaupt kein Regress, bzw. ein kleiner Beitrag bezahlt. Ist jedoch das Haus heute noch ebenso viel wert als seinerzeit der Bauaufwand betrug, so ist der volle kapitalisierte Wert des Staatszuschusses zu vergüten.

Die Zahlung des Regresses erfolgt in jährlichen Raten von 6 Prozent, wobei 5 Prozent auf die Zinsen und ein Prozent auf die Amortisation entfällt, so daß in etwa 25 Jahren der Regress abbezahlt sein wird, da die Verzinsungsquote mit der Zeit abnimmt und die Amortisationsquote daher entsprechend wächst.

Der Entwurf des Regressgesetzes regelt den Ertrag, welchen die Baubehörden zahlen sollen, welche nach den Baubewegungsgesetzen aus den Jahren 1919—1924 eine staatliche Unterstützung erhalten haben. Diese Unterstützung erfolgte entweder in der Form eines Staatsbeitrages, wo sich der Staat verpflichtete, durch 25 Jahre einen bestimmten Prozentsatz des Bauaufwandes zu zahlen, oder dadurch, daß der Staat die Zinsen und Amortisation der Bauleihe garantierte, die mit einem bestimmten Prozentsatz des Bauaufwandes berechnet waren. Die Höhe dieser garantierten Anleihe war nach den verschiedenen Baubewegungsgesetzen und je nachdem verschieden, ob der Bauherr eine Privatperson, eine Gemeinde oder eine Baugenossenschaft war. Der Bau eines Hauses war damals sehr riskant, weil die Preise der Baumaterialien rasch steigen waren, ebenso der Zinsfuß. Mit Rücksicht auf dieses Risiko wäre die Baubewegung ohne Unterstützung des Staates überhaupt nicht möglich gewesen. Einzelne der Baubewegungsgesetze haben schon damit gerechnet, daß die Baubehörden in Zukunft dem Staate einen Teil dessen ersetzen werden, was er für sie in Form der Garantie zahlt.

Tabei haben diese Gesetze und die zuständigen Behörden damit gerechnet, daß die Beträge, die bis Ende 1925 vom Staat gezahlt werden, nicht vom Bauherrn zurückberlangt werden, und daß nach diesem Termin der Ertrag so bemessen wird, daß die Mietzinsen der gefälligen Höhe für jene Wohnungen angepaßt werden, die unter dem Mieterschutz stehen. Die Regierungsvorlage unterscheidet genau zwischen Häusern, die mit Staatsgarantie, und solchen, die mit einem Staatsbeitrag gebaut wurden.

Im Falle des Bauens mit Staatsgarantie ist der Regress gleich dem Betrag, um den die garantierte Anleihe einem bestimmten, im § 4 des Gesetzes festgelegten Prozentsatz des Bauaufwandes überschreitet. Dieser Prozentsatz, der dem kapitalisierten Anfangswert der bisherigen staatlichen Leistungen entspricht, ist je nach den Baugesetzen, nach denen der Bau durchgeführt wurde, und je nach dem ob der Bauherr eine Privatperson oder eine Gemeinde, bzw. Baugenossenschaft ist oder ob es sich um Familienhäuser oder um Mietshäuser handelt, verschieden. Er beträgt bei Privatpersonen 16,66 bis 46,52 Prozent, bei Gemeinden und Baugenossenschaften 33,48 bis 62,03 Prozent des gesamten Bauaufwandes. Die Differenz zu der garantierten Anleihe soll als Regress der Staatskasse zurückgezahlt werden.

Ein Beispiel: Familienhäuschen eines privaten Bauherrn (Gesetze 100/21 und 45/22):
Bauaufwand 100.000 K., garantierte Anleihe 60 Prozent, d. s. 60.000 K.
Anfangswert der staatlichen Leistungen 46,52 Prozent des Bauaufwandes, d. s. 46.520 K.
Der Regress beträgt daher 13.480 K.
Bei Gemeinde- und Baugenossenschaftshäusern ist der Anfangswert im allgemeinen höher, der Regress daher geringer. Bei Mietshäusern ist dagegen der Anfangswert geringer bemessen, der zu leistende Regress daher viel höher und kann nach den angeführten Beispielen weit über 30 Prozent des Bauaufwandes erreichen.

Bei dem Staatsbeitrag, der gewöhnlich in Form von staatlichen Zuschüssen auf 25 Jahre erteilt, an jene Baubehörden gewährt wurde, die keine Anleihe benötigten, wird die Bestimmung des Regresses auf andere Weise durchgeführt: Ausgangspunkt ist der gegenwärtige Schätzwert des Hauses, der amtlich festgestellt wird.

Der Regress ist dann gleich dem Betrag, um den der Anfangswert der staatlichen Leistung größer ist als die Differenz zwischen dem Bauaufwand, von dem der Beitrag bemessen wurde, und dem niedrigeren Schätzwert des Hauses.

Ist der gegenwärtige Schätzwert des Hauses viel geringer als der seinerzeitige Bauaufwand, so wird also überhaupt kein Regress, bzw. ein kleiner Beitrag bezahlt. Ist jedoch das Haus heute noch ebenso viel wert als seinerzeit der Bauaufwand betrug, so ist der volle kapitalisierte Wert des Staatszuschusses zu vergüten.

Die Zahlung des Regresses erfolgt in jährlichen Raten von 6 Prozent, wobei 5 Prozent auf die Zinsen und ein Prozent auf die Amortisation entfällt, so daß in etwa 25 Jahren der Regress abbezahlt sein wird, da die Verzinsungsquote mit der Zeit abnimmt und die Amortisationsquote daher entsprechend wächst.

Für Kleinfamilienhäuser mit bloß ein Zimmer und Küche wird überhaupt kein Regress bezahlt werden, bei Familienhäusern mit zwei Einzimmerwohnungen oder einer Zweizimmerwohnung wird der Regress um 50 Prozent herabgesetzt, bei Mietshäusern im Besitz von Gemeinden und Baugenossenschaften ebenfalls um 50 Prozent, wenn es sich um Einzimmerwohnungen handelt, und um 25 Prozent, wenn auch Zweizimmerwohnungen vorhanden sind, in denen Minderbemittelte wohnen. Dieser völlige, bzw. teilweise Nachlaß des Regresses gilt aber nicht für Familienhäuser, die als Zugobjekte anzusehen sind, die nur vorübergehend zu Wohnzwecken benützt werden oder de-

Kun sind aber Baugenossenschaften vorhanden, welche Zinshäuser nach beiden Kategorien der Bauförderungsgesetze gebaut haben. Die Mieter in den alten Häusern zahlen nur sehr geringe Zinsen, während die Häuser, die in den letzten Jahren gebaut sind, unter der Kalamität leiden, daß die Mietparteien sehr oft nicht die hohen Mietzinsen zahlen können. Dadurch ist die Gefahr vorhanden, daß der Staat für Zinsen und Annuitäten aufkommen muß. Das Finanzinteresse des Staates verlangt es nun, daß die Zinsen innerhalb der Häuser einer Baugenossenschaft ausgeschrieben werden. Das ist ohne Zweifel ein Opfer, das von den Mietparteien gefordert wird, die in älteren Baugenossenschaftshäusern wohnen.

Das Gesetz gibt dem Fürsorgeminister die Möglichkeit an die Hand, Baugenossenschaften und Gemeinden den Auftrag zu erteilen, die Mietzinsen in solchen Baugenossenschaftshäusern ausgeschrieben zu werden.

Die sozialen Rücksichten verlangen es in erster Reihe, Wohnungen bis zu zwei Zimmern zu schützen. Deshalb wurde in das Gesetz eine Bestimmung aufgenommen, welche in Baugenossenschafts- und Gemeindehäusern Zweizimmerwohnungen schützt. In solchen Häusern wird der Regress bei Einzimmerwohnungen auf 50 Prozent herabgesetzt, bei Zweizimmerwohnungen um 25 Prozent und außerdem darf der Mietzins nicht jenen Mietzins übersteigen, welcher bisher in geschützten Wohnungen gezahlt wird.

Bei den Baugenossenschaften würde sich der Regress sehr verschieden auswirken. Wenn er linear durchgeführt würde, so würden in manchen Häusern die Mieten bis auf 300 Prozent gesteigert werden müssen. Daher ist neben den erwähnten Ermäßigungen des Regresses um 50 und 25 Prozent noch eine weitere Schutzbestimmung vorgesehen, daß der Mietzins infolge des Regresses nicht die Höhe des Zinsfußes übersteigen darf, der in Häusern unter Mieterschutz gezahlt wird. Müßte diese Grenze überschritten werden, so wird der Regress entsprechend gekürzt, bzw. die Zahlung bis zum Aufhören des Mieterschutzes aufgeschoben.

Außerdem wurde als zweite Schutzmaßnahme in das Gesetz die Bestimmung aufgenommen, daß in Baugenossenschafts- und Gemeindehäusern, wo die Mietzinsen ausgeschrieben werden, keine doppelte Erhöhung eintreten kann, sondern nur eine solche, welche durch den Regress selbst herbeigeführt wird.

Durch den Dollfuß-Kerker ermordet

Genosse Rifter gestorben

Wien, 5. Juni. Gestern starb hier der gewesene sozialdemokratische Bürgermeister des 5. Wiener Bezirkes Leopold Rifter, der im Zusammenhang mit den Heber-Ereignissen in Wien verhaftet wurde und kurz darauf erkrankte. Er wurde dieser Tage in Freiheit gesetzt, unterlag aber bald darauf seiner Krankheit.

In der Haft ist auch kürzlich der gewesene sozialdemokratische Nationalrat Stein erkrankt, der vor Jahren Redakteur der Wiener „Demokratischen“ und Chefredakteur des zentralistischen „Demokratischen“ war. Er wurde ins Gefängnis hospital gemeinsam mit dem gewesenen Stadtrat Lindner gebracht. Vorgestern wurden beide aus dem Gefängnis ins Allgemeine Krankenhaus überführt.

12. November nicht mehr Staatsfeiertag in Oesterreich

Wien, 5. Juni. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht heute eine Verordnung des Justizministeriums, die bestimmt, daß der 12. November nicht mehr ein staatlicher Feiertag im Sinne des Wechselgesetzes ist. Hierauf wird auf die Aufhebung dieses Feiertages der Republik geschlossen. Bekanntlich wurde auch der 12. November in der neuen österreichischen Verfassung nicht mehr als Staatsfeiertag bezeichnet.

Nazi-Druckerei entdeckt

Wien, 5. Juni. In Fisch wurde der Nationalsozialist Peter Hofbauer verhaftet. In seiner Wohnung wurden Bomben, drei Gewehre, eine große Menge Munition und viel nationalsozialistisches Propagandamaterial gefunden. In Klagenfurt wurde von den Behörden eine Druckerei nationalsozialistischer Druckschriften, die längere Zeit hindurch in Kärnten in Umlauf gebracht worden waren, ausgeforscht. Hier wurde auch die illegale nationalsozialistische Zeitung „Der Vormarsch“ gedruckt.

Verstärkung der Salzburger Garnison

Salzburg, 5. Juni. Blättermeldungen zufolge wurde die hiesige Militär Garnison vor einigen Tagen verstärkt. U. a. ist das 2. Bataillon der Alpenjäger aus Graz hier eingetroffen.

Oesterreichische SA mit Gendarmen über die Grenze

München, 5. Juni. (DNV.) Der österreichische Pressedienst meldet: Am Montag, den 4. Juni trafen in München der österreichische Gendarmeriebeamte Leopold Jaul, der SA-Sturmführer Drimer und der SA-Mann Tiefnig, sämtliche Drei aus Greifensee in Kärnten, ein. Der Gendarm sollte die beiden Nationalsozialisten in behördlichem Auftrag in das Konzentrationslager Wöllersdorf überführen, eskortierte sie jedoch nur bis Salzburg und überführt dort mit ihnen die deutsche Grenze.

Krebs hat in Deutschland Pech

Wie die „Lidonek Kovin“ melden, geht es dem nach Deutschland geflüchteten ehemaligen sozialdemokratischen Abgeordneten Krebs nicht auf und er ist unter seinen reichsdeutschen Genossen in Ungnade gefallen. Man mißt Krebs die Schuld an den Mißerfolgen des in Deutschland bestehenden „Tudendeutschen Kampfbundes“ bei. Um nun zu zeigen, was er für ein tüchtiger Kerl ist, hat Krebs in Deutschland eine Tournee unternommen, über die man sich jedoch nur aus bedeutungslosen Provinzialblättern informieren kann. In der vergangenen Woche hat Krebs in kleineren Städten am Rhein über die Tudendeutschen Vorträge gehalten, in größeren Städten jedoch zu sprechen, erlaubt man ihm nicht, damit nicht Schwierigkeiten mit der Tschechoslowakei entstehen.

Währungsschutzgesetz verlängert

Die Vorlage im Senat eingebracht

Der Senat erledigte am Dienstag nach kurzer Debatte die Vorlagen über den Zwangsang für Militär- und Gendarmerieoperationen, sowie die Steuerbefreiung ausländischer Motorfahrzeuge.

Neu aufgelegt wurde ein Regierungsentwurf über die Schiedsgerichte bei der Arbeitsvermittlung, wo nunmehr eine Berufungsinstanz eingeführt werden soll, als welche ein eigener Senat bei dem bereits bestehenden Oberberufungsgericht eingefügt wird, und ein Regierungsentwurf über die Verlängerung des ablaufenden Währungsschutzgesetzes auf unbestimmte Zeit. Einzelne Bestimmungen des Gesetzes werden genauer stillisiert; außerdem wird die Regierung ermächtigt, zu bestimmen, welche Erfordernisse zum Zwecke der Währung bei der Einfuhr und Ausfuhr von Waren notwendig sind. — Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr.

Die „Deutsche Presse“ treibt Geschichtsfälschung!

Wir haben vor einigen Tagen berichtet, daß der Sekretär der Christlichen Gewerkschaftsinternationale das System Dollfuß energisch abgelehnt hat. Aus dem christlichsozialen Parteitag trat auch ein Redner aus Oesterreich auf, der dem Parlamentarismus das Wort redete. Ja, auch Herr Hilgenreiner selbst, der christlichsoziale Parteivorstand, ist vom Ständestaat des Herrn Dollfuß als von einer unchristlichen Einrichtung abgerückt.

Dieser Wandel der Gesinnung war, was unsere heimischen Christlichsozialen betrifft, von vornherein nicht sehr ernst zu nehmen. Wie wenig von den österreichischen Christlichsozialen angenommen werden kann, daß sie wirklicher Vernunft zugänglich sind, haben wir an dieser Stelle schon dargelegt. Innerhalb hätte man eine solche ungläubliche Geschichtsfälschung, wie sie die „Deutsche Presse“ wenige Tage nach der Rede Hilgenreiners begeht, kaum für möglich gehalten.

Sie veröffentlicht nämlich ohne jeden Kommentar eine Rede, die der Vorsitzende des „Gewerkschaftsbundes österreichischer Arbeiter und Angestellter“, ein gewisser Johann Stauber, auf dem Kongress des Internationalen Bundes christlicher Gewerkschaften (nicht un widersprochen) gehalten hat. In dieser Rede befinden sich auch folgende Sätze:

„Die verkehrte Politik der österreichischen Sozialdemokratie, die der Regierung auch im Existenzkampf gegen den Nationalsozialismus in den Rücken fiel, führte zur Ausschaltung des Parlaments und in der weiteren Folge zur Ausschaltung der Sozialdemokraten aus den Arbeiterkammern. Der blutige Heberaufstand des Schubundes zwang die Regierung zur Anwendung aller Machtmittel. Die enge Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei und des Schubundes brachte die Auflösung der freien Gewerkschaften, durch die tausende Arbeiter und Angestellte obdachlos wurden die gewerkschaftliche Unterstützung und Interessenvertretung verloren.“

Man halte sich demgegenüber vor Augen, wie sich die Dinge in Oesterreich wirklich abspielten! Anfangs März 1933 führte Dollfuß seinen bekannten Parlamentsputsch durch. Er regierte autoritär und reizte die österreichische Arbeiterkammer bis aufs Blut. Sie hat, trotz den Provokationen durch Dollfuß, Ruhe bewahrt, um den Kampf gegen die Nationalsozialisten nicht zu erschöpfen, ja, sie hat dem Dollfuß mehr als einmal die Bundesgenossenschaft im Kampfe gegen die Hakenkreuzler angeboten. Dollfuß hat jedesmal mit neuen Provokationen geantwortet. Er hat, durch seine anfänglichen „Erfolge“ ermutigt, späterhin entscheidende Bestimmungen der Verfassung außer Kraft gesetzt und den Eid, den er auf sie geschworen hat, auch durch die Unterdrückung der österreichischen Arbeiterbewegung schändlich verlegt. Die Arbeiter aber haben in den Hebertagen keinen „Aufstand“ durchgeführt, sondern die Verfassung gegen die gewalttätigen Verfassungsbrecher im Lager der Regierung verteidigt.

Herrn Staud gefällt es, die Dinge auf den Kopf zu stellen und den — offenbar christlichen — Grundriß zu verkehren, daß alles, was von politischen Verdrachern im Namen Gottes getan wird, als geheiligt zu betrachten ist. „So du einen Schlag bekommst auf die rechte Wange, so reiche auch die linke hin“. Das wäre Arbeiterpolitik nach dem Geschmack des Herrn Staud und seiner „Deutschen Presse“. Erst laufen die katholischen Politiker Blut, dann vergießen sie darüber Krokodilstränen und versuchen ihr Gewissen zu beruhigen, indem sie die Geschichte fälschen. Ein vergebliches, ein verächtliches Beginnen!

Henlein und die deutschen Agrarier

Zierhut gegen Spina.

Reizere schießliche Blätter besaßen sich ausführlich mit dem Verhältnis der deutschbürgerlichen Parteien zur Henleinischen „Tudendeutschen Heimatsfront“ und registrieren sowohl die Verdärkung des Verhältnisses zwischen den Christlichsozialen und Henlein, wie den Einbruch, welchen Henlein in den Bund der Landwirte, insbesondere in die Reihen der agrarischen Jugend, vollführt hat. Besondere Beachtung verdienen die Ausführungen der „Lidonek Kovin“, welche die Vorgänge in der deutschen Agrarpartei aufmerksam verfolgen und über die Manifestation der agrarischen Jugend in Bischofsheim, die am Sonntag stattgefunden hat und die wir in unserer Dienstanummer registriert haben, folgendes schreibt:

Diese Manifestation ist politisch bedeutsam dadurch, daß sie bestätigt, daß die deutschen Agrarier offen als Protektoren der Henleinbewegung auftreten und daß sie mit ihr zusammenarbeiten wollen. Es ist dies um so interessanter, als bisher nicht geklärt ist, was in der Henleinbewegung geklärt sein sollte, daß nämlich die Zweifel nicht beseitigt wurden, welche die Heimatsfront hervorbrachte, soweit es sich insbesondere um ihr Verhältnis zu den aufgelösten und eingestellten deutschen Parteien handelt, sowie darum, ob sie nicht geheime Verbindungen mit den reichsdeutschen Hitlerianern hat. Wir behaupten, daß diese Zweifel berechtigt sind. Dieser ersten und erschwerenden Umstände ist sich Minister Spina bewußt, der sich vermutlich deswegen ständig einer unentschiedenen Zurückhaltung befleißigt und sich deswegen durch Abgeordnete Zierhut vertreten ließ. Von Zierhut ist bereits heute bekannt, daß er hinter den Kulissen am meisten für die Zusammenarbeit mit der Henleinbewegung tätig ist. Mit diesem Eifer, der auch in vollkommenem Gegensatz zum Standpunkt Krepels steht, will er offenbar auch den schwankenden Spina in den Schranken stellen. Es scheint, daß es notwendig sein wird, die merkwürdige Kalkül und Vorliebe des Abgeordneten Zierhut für manche vertrauliche Bankrottgeschäfte und Auslandsfahrten eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Wir hoffen, daß die deutschen Agrarier mit ihrem taktischen Schwanken nicht den politischen Kredit bedrohen werden, welchen sie sich auf unserer Seite als die Vorkämpfer des deutschen Aktivismus erworben haben.

Tagessneuigkeiten

350 Opfer

Sokol, 5. Juni. (Reuter.) Den letzten Meldungen zufolge, wurden durch den letzten Sturm 350 Fischer getötet, vermisst oder wurden verwundet, 1800 Fischer wurden unter großen Schwierigkeiten gerettet. Während des Sturmes wurden 300 Fischerboote zerstört.

Cedof in Olmütz ausgeraubt

Olmütz, 5. Juni. In der Nacht auf Dienstag wurde die Kasse des Reisebüros „Cedof“ im Gebäude des Olmücker Stadttheaters erbrochen und aus ihr tschechoslowakische Banknoten im Werte von etwa 15.000 Kč, sowie ausländische Banknoten im Werte von etwa 45.000 Kč geraubt. Die Täter drangen vom Theatervestibül, in das sie durch einen Seiteneingang gelangten, in das Reisebüro ein. Dort bohrten sie die Feuerfeste Mauer an, schütteten in die Rückwand ein Loch, zogen die Handlässe heraus und erbrachen sie im Inneren. Die Täter ließen am Einbruchort eine vollständige Einbruchswerkzeugeinsparung zurück. Die Scheidemünzen liegen sie unberührt. Der Schaden ist gedeckt.

Fenstersturzes eines gefangenen Bandenführers

Olmütz, 5. Juni. (Tsch. P. B.) Im Zuge der Fahndung nach der Räuberbande, die zahlreiche Einbrüche im Olmücker Gebiet, in der Slowakei und hauptsächlich auch im Böhmerwalde verübt hat, hatten die Olmücker Sicherheitsbehörden neun Kassenknacker verhaftet. Den Führern der Bande, Alois Švejkla und J. Šájele aus Olmütz-Chvalce, war es jedoch gelungen, zu entkommen. Durch die umfangreiche Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden konnten der Bande rund 70 Kassen einbruch nachgewiesen werden, bei denen rund drei Viertel Millionen Kč geraubt wurden. Die Suche nach den Führern der Räuberbande blieb bis in die letzten Tage ergebnislos. Nach aufgefundenen Briefen der beiden Geliebten der Führer der Räuberbande, konnte geschlossen werden, daß die Räuber nach Sowjetrußland geflüchtet sind; weshalb die Gendarmerie bereits fast jede Hoffnung auf die Ergreifung der gefuchten Verbrecher aufgegeben hatte. Am Sonntag wurden jedoch die Sicherheitsbehörden aufmerksam gemacht, daß in einem Kaffeehaus in Znaim der gefuchte Führer der Bande Alois Švejkla sitze. Polizeispezialisten drangen in das Kaffeehaus ein und erbeuteten nach der Verhaftung einen Revolver aus der Tasche, sowie er bereits verhaftet. Er hatte 500 Kč in barem bei sich. Am Dienstag vormittag wurde Švejkla von der Wache aus Znaim in die Gendarmerie-Kaserne nach Olmütz transportiert.

Schmohl in dem Raum, wohin er abgeführt wurde, sich mehrere Gendarmen befanden, gelang es ihm, zwei Fensterscheiben zu zerstören und aus dem ersten Stock durch das Fenster auf die Straße zu springen.

Švejkla wurde in verletztem Zustand ins Militärhospital überführt, wo festgestellt wurde, daß er am Fuß zwei Schnittwunden und noch andere Verletzungen hat.

Ein mysteriöser Einbruch in Bodenbach

Als Dienstag, den 5. d. M., früh die Aufwärtlerin die Kasse des städtischen Schlachthofes in Bodenbach betreten wollte, fand sie die Tür zu den Kassenräumen offen und als sie eintrat, stellte sie fest, daß auch die Tür des Geldschrankes geöffnet war. Eine sofortige Untersuchung ergab, daß ein Betrag von Kč 10.000.— in Bar, schätzungsweise merkwürdiger Weise war jedoch ein weiterer Betrag von Kč 3000.—, der offen in der Kasse lag, unberührt geblieben. Die Schlüssel zur Kasse und zur Kasse wurden am Hofsaum des Schlachthofes hängend gefunden.

Wiederholung des Flugmeetings in Brünn

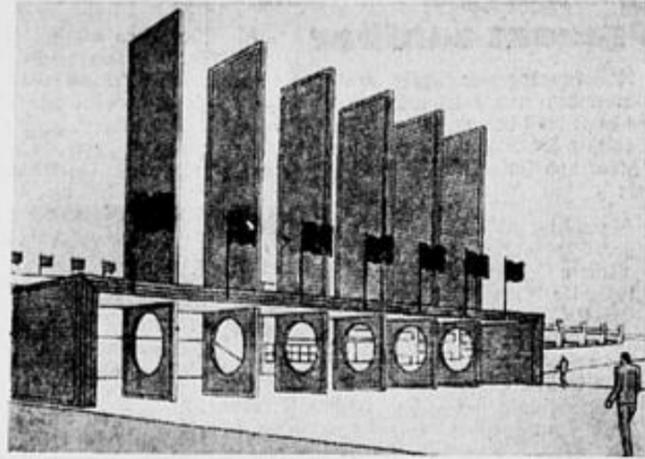
Brünn, 5. Juni. Das große Brünnner Flugmeeting wird bereits nächsten Sonntag, den 10. Juni in ungekürztem Umfang wiederholt werden. Die alten Eintrittskarten bleiben in Geltung. Die Beteiligung ist die gleiche wie am vergangenen Sonntag.

Heimkehr der Eschelsjufin-Helden

Moosau, 5. Juni. (M.) Der Führer der wissenschaftlichen Expedition auf dem Eisbrecher „Eschelsjufin“ Prof. Schmidt und der Polarforscher Ushakov sind in Moskau eingetroffen und wurden auf dem Bahnhof von überaus zahlreichen Vertretern der Fabriken, Schulen und wissenschaftlichen Organisationen, sowie auch von Mitgliedern der Regierung und Vertretern der Presse begrüßt. Alle Wäiter widmen den beiden Helden der Wissenschaft große Aufmerksamkeit.

III. Tschechoslowakische Arbeiter-Olympiade

Das Stadion am Strahov in Prag, wo am 1. Juli der Rindertag und vom 5. bis 8. Juli die Haupt-Festtage der 3. Tschechoslowakischen Arbeiter-Olympiade stattfinden werden, wird in Eile fertiggestellt sein. In den nächsten Tagen werden die Haupteingänge, wie unser Bild veranschaulicht, errichtet. Es werden deren zwei sein: eines wird auf der Vohobeleer, das andere auf der Smichover Seite stehen. Diese Tore werden in ihrer schmucken Ausführung sich wirkungsvoll in das Gesamtbild einfügen.



Grubenunglück in Mürschan

Zwei Tote, zwei Schwerverletzte

Pilsen, 5. Juni. (Tsch. P. B.) Heute um neun Uhr vormittags kam es in der Ziegrube bei Mürschan aus unbekannter Ursache zur Explosion einer Sprengpatrone, wobei ein Werkführer und drei Arbeiter schwer verletzt wurden. Zwei von ihnen erlitten ihren Verletzungen. Eine Arbeiterin wurde leicht verletzt. Der Vorfall wird von einer Untersuchungskommission untersucht. Über das Ergebnis der Untersuchung wird ein Bericht ausgegeben werden.

Furchtbare Bergwerkskatastrophe in China

Beijing, 5. Juni. Nach einer Meldung aus Tschiangtschjan ist in einer Grube, in der vor kurzem schon eine Explosion stattfand, eine weitere Explosion erfolgt, so daß der Schacht in Brand geriet. Nach den bisherigen Meldungen sind 75 Verletzte ums Leben gekommen.

Clement 93

Italienischer Chemiker eröffnet Aussicht auf unerschöpfliche Energiequellen

Rom, 5. Juni. Der Professor der Chemie Fermi hat gestern in der königlichen Akademie von Lincei in Anwesenheit des Königspaars ein neuartiges Experiment der Atomzertrümmerung durchgeführt, durch das er ein neues radioaktives Element durch Atomumwandlung gewonnen hat. Die Atomzertrümmerung ist in der modernen Chemie durchaus etwas Alltägliches. Die Erfindung Professor Fermis ist insofern etwas Neues, als er durch Zertrümmerung des Urans ein neues Element erhalten hat, von dem ein Gramm eine Energie von 60.000 KW. Stunden enthalten soll. Das wäre eine Wärmemenge von rund 52 Millionen Kalorien gleich. Da die Umwandlung eines Gramms Wasserstoff in Helium etwa 200.000 KW ergeben würde, wären schon 50 Kilogramm Wasserstoff ausreichend, um die 10 Milliarden KW. Stunden elektrische Energie zu schaffen, die in Italien in einem Jahr

verbraucht werden. Fermi hat den neuentdeckten Stoff „Clement 93“ genannt.

Die Erfahrungen Fermis bei seinen Forschungen sind nach Ansicht der italienischen Physiker für die Ausklärung der mysteriösen Zusammenhänge des Atomkerns und vor allem für die Möglichkeit einer künstlichen Umwandlung der Materie in Energie sehr wichtig. Dadurch würde der Menschheit die Möglichkeit gewährt werden, fast augenblicklich unerschöpfliche Energiequellen für ihren Bedarf zu erschließen. Die Versuche in dieser Richtung werden zwecks Umschneidung des wissenschaftlichen Erfolges, den Professor Fermi erzielt hat, in reelle Ergebnisse, die für das praktische Leben in grandiosem Umfang ausgenutzt werden könnten, eifrig fortgesetzt. Fermi sei es gelungen, bei 45 von den 85 Elementen, mit denen er experimentierte, eine künstliche Radioaktivität hervorzurufen. Hierunter befanden sich auch die schwersten Elemente, die bisher vollkommen jeglichem Versuch einer Zerlegung getrotzt haben.

Kindesmord als Schutzmaßnahme

Böhm.-Budweis, 5. Juni. Heute hatte sich vor dem hiesigen Schwurgericht die 26-jährige Dienstmagd Marie Kesznerová, die als uneheliches Kind in einem Findelhaus in Wien geboren wurde, des Verbrechens des Kindesmordes zu verantworten. Sie gestand bei der Untersuchung, daß sie im November v. J. in der Zeit, als sie in der Gemeinde Bednarec in Südböhmen angestellt war, ihrem unehelichen Kind Ansol in den Mund gegossen habe, worauf das 14 Tage alte Kind im Spital starb. Sie verübte die Mordtat, damit dem Kinde nicht dasselbe Schicksal beschieden sei, wie ihr selbst.

Die Geschworenen beantworteten die Hauptfrage auf „Nein“ mit zehn Stimmen „Nein“ und zwei Stimmen „Ja“. Die Angeklagte wurde zwar freigesprochen, jedoch auf Wunsch des Staatsanwaltes Dr. Soukup, der die Nichtigkeitsbeschwerde einbrachte, weiter in Haft behalten.

Eintritt in ein Arbeitslager 1 Jahr Kerker

Pilsen, 5. Juni. Der Senat des Kreisgerichtes in Pilsen verhandelte heute den Prozeß gegen den 21-jährigen Tischlergehilfen Ludwig Armer aus Haffelbach bei Domažlice wegen des Verbrechens der Vorbereitung von Anschlägen gegen die Republik. Armer ging am 7. Jänner l. J. nach Deutschland und trat dort freiwillig in ein nationalsozialistisches Arbeitslager ein, wo er sich sechs oder sieben Wochen aufhielt. Der Senat unter dem Vorsitz des Obersten Kleriker beurteilte Armer zu einem Jahr schweren Kerkers.

Sieben Männer durch eine Explosion getötet

Norman (Oklahoma), 5. Juni. Durch eine Nitroglycerin-Explosion wurden am Montag sieben Mitglieder einer Expedition, die Sprengungen veranstalteten, um seismographische Beobachtungen anzustellen, getötet. (Nach anderen Meldungen soll es sich um Angehörige der Sinclair-Oil-Company gehandelt haben, die nach Petroleumquellen suchten.) Ein Farmer, der sich

einige hundert Meter von der Stelle der Katastrophe entfernt befand, schilderte, daß er plötzlich einen furchtbaren Donner schlug hörte und dann die zerstückelten Leichen der Männer durch die Luft fliegen sah. Die Expedition hatte zwei Wagen bei sich, von denen der eine mit Sprengstoffen beladen war.

Bernambuco-Friedrichshafen in 78 Stunden

Friedrichshafen, 5. Juni. „Graf Zeppelin“ ist gestern früh 7 Uhr von seiner Südamerikafahrt in Friedrichshafen glatt gelandet. An Bord befanden sich 18 Passagiere und 150 Kilogramm Post. Das Luftschiff hat die Rückreise von Bernambuco nach Friedrichshafen in der kurzen Zeit von 78 Stunden zurückgelegt.

Regen, aber zu spät

Chicago, 5. Juni. (Reuter.) In den Weststaaten, die von einer katastrophalen Trockenheit heimgesucht wurden, regnete es, allerdings schon zu spät, um das von der Trockenheit in Mitleidenschaft gezogene Getreide zu retten. Obwohl zum größten Teil gestern starke Niederschläge fielen, besteht immer noch Wassermangel.

Ein deutscher Kultusminister . . .

In einem bekannten Schweizer Hotel ist eine höchst lustige Sache passiert. In besagtem Hotel stieg ein sehr elegant gekleideter Herr mit martialischen Manieren, einem Töchterchen und einem original-englischen Kinderfräulein ab, der sich als Doktor Werner, deutscher Kultusminister, in das Fremdenbuch einzeichnete. Die Schweizer sind zwar gute Republikaner, aber die Schweizer Hotelliers sind noch bessere Geschäftsleute und so war es kein Wunder, daß der martialische Doktor Werner aus Berlin mit dem imponierenden Titel hofiert wurde, daß es nur so eine Art hatte. Es wäre alles eitel Freude und Begeisterung geblieben, wenn nicht einige bedenkliche Vorkommnisse den Hotel-Himmel trotz oder vielmehr

wegen des illustren Gastes verfinstert hätten. Der Herr Minister wurde nämlich sehr unangenehm, eine Tassache, die bei einem neudeutschen Regierungsmann allerdings nicht weiter aus dem Rahmen zu fallen braucht. Der Hotellier wurde erst mißtrauisch, als der „Kultusminister“ für einen bei der Reinigung durch einen leichten Riß zu Schaden gekommenen Anzug eine Entschädigung von 200 Schweizer Franken verlangte. Der Anzug war, auch bei wohlwollendster Abschätzung, neu wohl kaum mehr als die Hälfte wert. Als sich der Wirt gegen diese „Entschädigung“ spreizte, machte der Kultusminister kurzen Prozeß. Er raffte von der Hotelleinrichtung zusammen, was sich eben in seinen umfangreichen Koffern verfangen ließ und nahm unter anderem sämtliche Kleiderbügel, eine Anzahl silberne Löffel, eine kleine Tischuhr und zwei seidene Vorhänge als teure Erinnerungsgüter an sein Schweizer Gastspiel mit. Der Hotellier, über die „einemehmenden“ Sitten deutscher Minister nicht wenig verwundert, erkundigte sich in Berlin und erfuhr dort, daß es einen Kultusminister namens Werner und mit Vorliebe für fremde silberne Löffel selbst im Lande Adolf Hitlers nicht gebe. Das mag ja sicherlich stimmen. Die Herren haben soviel Arbeitereigentum gestohlen, soviel „staatsfeindliches“ Vermögen konfisziert, daß man sich wundern müßte, wenn sich einer mit Kleiderbügeln, silbernen Löffeln, zwei seidenen Vorhängen und einer kleinen Tischuhr bescheiden wollte. Und deswegen zweifeln auch wir, daß dieser Herr Werner ein neudeutscher Minister war!

Genosse Dr. Wilhelm Meitner gestorben. In Olmütz starb am Sonntag Genosse Dr. Wilhelm Meitner. Am 8. März 1862 in einer kleinen tschechischen Gemeinde des Olmücker Bezirkes geboren, nach Abolvierung seiner Studien im Jahre 1889 mit der ärztlichen Praxis in armen Landgemeinden beginnend, kam er bald mit den damals noch vorercenten Sozialdemokraten in Verbindung. Nach dem Kriege kam Dr. Meitner nach Olmütz in den Ruhestand, wurde in die Parteizentrale gewählt und betätigte sich mannigfaltig. In dem neugegründeten Arbeiterkonsumverein war er Obmann des Aufsichtsrates, er war Funktionär des Arbeiter-Turnvereins, Bezirksamateur, später dann und bis heute, Kreisamateur des 1. Turnkreises. Er half auch die Parteibibliothek in Olmütz schaffen. Dr. Meitner vertrat die Partei im Ortsrat und im Stadtbildungsausschuß. Er wurde auch mit Einwilligung der Parteiführer, von allen deutschen Parteien in den Prädikatsgesandtschaften repräsentiert. Der „Arbeiterfürsorge“ stand er jederzeit als Arzt zur Verfügung und half, wo er nur konnte. Seine Arbeit, seine Liebe für die Armen und Unterdrückten, sichern ihm ein Gedenken weit über das Grab hinaus. Einfach wie er gelebt, war auch sein letzter Wunsch, in aller Stille an der Seite seiner vor Jahren verstorbenen Gattin in Dobruška begraben zu werden. Dieser Wunsch wurde auch erfüllt.

Böhmische Anwälte für Rejedin und Blantka. Die große Begeisterung der tschechoslowakischen Öffentlichkeit über die Erfolge der tschechoslowakischen Repräsentanten im Kampfe um die Fußball-Weltmeisterschaft wirkt sich nicht nur in einer Anzahl von Glückwünschen, sondern auch in „stärkenden Geschenken“ aus. Zu diesen gehört auch eine Sendung von frischen Aischensiedeln, hergestellt nach einem bewährten aliböhmischen Rezept, unverfälscht, ordentlich gebüttert und mit Topfen und Zuder bestreut, die am Montag vom Sportklub der Angestellten der Stadt Prag mit Flugzeug der tschechoslowakischen Eif nach Italien gesandt wurde.

Wetter unbeständig. Seit Montag herrscht sehr unbeständiges Wetter. Nur in einem schmalen Gebiet am Nordwestrand der Slowakei und stellenweise im Süden des Landes blieb es niederfalslosfrei. In Südböhmen, Mähren und in der Ostslowakei traten Gewitter auf. Auf der Schneekoppe hat es geschneit, und die Temperatur sank dort auf minus 1 Grad Celsius. Bei Zuzufuß kühlere Luft aus dem Nordwesten dürfte der allgemeine Wettercharakter noch unbeständig bleiben. — Wahrscheinliches Wetter heute: Vorwiegend bis wechselfelnd bewölkt, vielfach Regen, mäßig kühl, im Karpatengebiet noch immer etwas wärmer als im Westen. Wettervorhersage für Donnerstag: Noch ziemlich bewölkt, und stellenweise regnerisch.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen:

Mittwoch.
Frag: Sender L.: 10.05 Deutsche Nachrichten. 11.00 Schallplatten. 12.15 Richard Strauß: Till Eulenspiegel auf Schallplatten. 13.45 Walzer. 17.35 Schallplatten. 18.20 Deutsche Sendung: Aktuelle zehn Minuten. 18.30 Deutsche Arbeiter-Sendung: Fachlehrer Ernst Thöner-Repertoire. Das Schullind vor und nach dem Kriege. 18.50 Sozialinformationen. 18.55 Deutsche Nachrichten. 20.25 Schallplatten. 20.45 Hebertragung aus Italien: Fedora, Oper. — Sender St.: 14.30 Konzert des Salonquartetts. 15.10 Deutsche Sendung: Kinderstunde. — Brünn: 17.35 Chorbische Lieder. 18.20 Deutsche Sendung: Dr. Altdorf: Aus dem Kuriositätenkabinett der Theatergeschichte. 19.25 Abendkonzert. — Währ.-Odra: 16.50 Kindertheater. — Brest: 17.20 Klavierkonzert. — Kaschau: 12.35 Dreifachkonzert. 18.00 Kinderlieder.

Acht Stunden, dreizehn Minuten . . . In Oxford hat ein experimentierwilliger Professor eine sehr zweifelhafte Entdeckung gemacht. Er hat wissenschaftlich festgestellt, wieviel man einem Vogel zumuten kann, wenn man ihn im engen Bauer hin und her hebt. Der Professor hat interessante Ziffern festhalten können. Nachdem er das Vögelchen vier Stunden unablässig durch seine Käfigzelle gehetzt hatte, ohne ihm auch nur eine Sekunde Ruhe zu gönnen, zeigten sich die ersten Ermüdungserscheinungen. Aber erst nach weiteren vier Stunden war der Experimentator am Ziel, genauer gesagt, nach vier Stunden und dreizehn Minuten. Nach Verlauf dieser Zeit war der Vogel zur Strecke gebracht, er war so fürchterlich erschöpft, daß er unter Zuckungen starb. Man braucht nicht sentimental zu sein, um derartige „Experimente“ empörend und schändlich zu finden. Die englischen Blätter äußern sich sehr erregt über den „tüchtigen“ Professor und sein Experiment und uns scheint, mit vollem Recht.

Dillinger tot gemeldet. Das Havas-Büro meldet aus New York: Der gefürchtete Bandit John Dillinger ist dem Polizeibericht zufolge tot. Er unterlag den Verlegungen, die er bei dem Scharrmühl in St. Paul und im Walde im Staate Wisconsin davongetragen hatte. Dillinger soll im Staate Indiana begraben sein. Die Nachrichten, laut welchen Dillinger an den jüngsten räuberischen Überfällen beteiligt sein soll, sollen unzutreffend sein und einfach der Phantasie der amerikanischen Reporter und Bürger entspringen.

Ein hartnäckiger Selbstmörder. Unweit von Sumenne sprang der 43jährige Eisenbahnarbeiter Stefan Struzich in selbstmörderischer Absicht vor ein Automobil. Der geistesgegenwärtige Chauffeur hielt das Auto schnell an und verhielt so ein Unglück. Der entsetzte Selbstmörder begab sich hierauf zu der Eisenbahnstrecke, verborg sich dort im Gebüsch und sprang abends vor einen Motorzug. Er wurde auf der Stelle getötet. Der Kopf wurde vom Rumpf getrennt und 18 Meter weit von der Unglücksstelle gefunden. Struzich betraunt sich häufig. Auch den Selbstmord verübte er im Zustande der Trunkenheit.

Von der Häckselmaschine getötet. In Klisela bei Jglau war der 52jährige Landwirt Stanislaw Meril und eine schwachfüßige Dienstmagd mit dem Schneiden von Häckseln beschäftigt. Meril geriet unversehens in das Schwungrad der elektrischen Häckselmachine, wobei ihm die Hackmesser drei schwere Schnittwunden am Kopfe zufügten, die den sofortigen Tod Merils herbeiführten.

Tod durch Blieschlag. Während eines heftigen Gewitters schlug in einem Dorfe in der Nähe von Santander (Spanien) der Blitz in mehrere Häuser ein. Drei Bauern wurden durch den Blieschlag getötet und vier Kinder schwer verletzt.

Neue Abschwächung der Mark. Der Wert der Mark schwächte sich von Tag zu Tag ab. Der Verlust betrug in den letzten Wochen immer nur wenige Punkte. Gestern aber notierte die Mark auf der Prager Börse 926,75 gegen 937,50 am Vortag.

Beim Fischfang ertrunken. Sonntag wurde im Fluße Nejarla bei Dolné Bystra der 72jährige Franz Kuzilka ertrunken aufgefunden. Der Greis hatte Borliebe für den Fischfang, der ihn nun auch das Leben kostete. Allerdings wird niemals festgestellt werden können, ob er zufällig beim Fischfang oder aber in einem Anfall von Unwohlsein ins Wasser fiel.

Zum bevorstehenden Schlußjahr ersucht uns der Allgemeine Angestellten-Verband Reichenberg, auf die Notwendigkeit einer guten und sorgfältigen Berufsberatung wegen des Eintrittes der schulentlassenen Jugend in das Berufsleben aufmerksam zu machen. Immer noch leiden die verschiedenen Berufsbeiräte der Angestellten in der Industrie, im Handel, im Verkehrsweesen usw. unter der Wirtschaftskrise sehr schwer; die Statistiken der Arbeitsvermittlungsanstalten zeigen, daß die Zahl der stellenlosen Angestellten sehr groß ist und im Sinken der Arbeitslosigkeit die Abnahme der Zahl der arbeitslosen Arbeiter nicht folgt. Nur jene jungen Leute sollen dem Angestelltenberufe zugeführt werden, die dafür die entsprechende Eignung besitzen. Auskünfte über die Entlohnungs-, Arbeits-, Rechts- und sonstigen Verhältnisse erteilt der Allgemeine Angestelltenverband, Reichenberg, Turnerstraße 27, bei dem auch Muster für Lehrverträge für Handelslehrlinge, Kanalarbeiter und sonstige Angestellten-Anwärter erhältlich sind. Auch bei der Vermittlung von Lehrlings- und Praktikantenstellen ist der genannte Verband mit seiner gut ausgebauten Stellenvermittlung behilflich.

Ermäßigte Eisenbahn-Halbjahreskarten. Der Bund der Vertreter und Reisenden, Fachgruppe im Allgemeinen Angestellten-Verband, Reichenberg, Turnerstraße 27, verweist darauf, daß für organisierte Geschäftsreisende und Vertreter die ermäßigten Eisenbahn-Halbjahreskarten mit Geltung ab 1. Juli ausgegeben werden und bei Besorgung durch die Organisation ein Sondernachschuß von fünf Prozent bewilligt wird. Als neue Begünstigung steht den Besitzern von Eisenbahn-Jahres- und Halbjahreskarten eine 25prozentige Fahrpreisermäßigung auf den Staats-Autobuslinien innerhalb des Direktionsbereiches der Eisenbahn-Jahres- oder Halbjahreskarten zu. Nähere Auskünfte über die Preise und Bedingungen erteilt der Bund der Vertreter und Reisenden, Fachgruppe im Allgemeinen Angestellten-Verband, Reichenberg, Turnerstraße 27.

Russische Reise

V. Das Gefängniswesen

Von Josef Klina

Es ist vor allem notwendig festzustellen, daß man uns in Rußland in weitgehendem Maße entgegenkam und alles zeigte, was wir sehen wollten. Wurde der Wunsch nach Besichtigung irgendeiner Institution geäußert, so wurde er in der Regel mit anerkannter Schnelligkeit erfüllt. Vorbedingung war nur, daß sich eine Gruppe von 10 bis 12 Leuten zusammensand, um die Fahrspesen für den Autobus besser aufteilen zu können. Da also vielfach die Reisetilnehmer selbst das Programm der Besichtigungen bestimmten, u. zw. oft erst eine oder zwei Stunden vor ihrem Stattfinden, darf man annehmen, daß es keine „Poteminschen Dörfer“ waren, die man uns zeigte, sondern daß wir zumeist Einblicke in das normale Leben erhielten, wie es sich tatsächlich abspielt.

Dies vorausgeschickt, soll nun über einen Besuch des Charlower Gefängnisses „Promkolonje“ berichtet werden, das zu besichtigen wir uns eines Tages entschlossen, worauf der Besuch binnen zwei Stunden organisiert wurde. Das Gebäude, in dem sich das Gefängnis befindet, steht auf einer Anhöhe und macht einen schloßartigen Eindruck; es ist bereits sehr alt. Man führte uns zunächst in die Direktionskanzlei, wo uns der Kommandant und sein Stellvertreter empfingen, zwei jüngere sympathische Menschen mit offenen Gesichtern. Wir wurden willkommen geheißen und gaben, unsere Fragen zu stellen. Darauf entspann sich ein ziemlich lebhaftes, fast eine Stunde dauerndes Frage- und Antwortspiel, wobei wir zunächst über die theoretischen Grundlagen des russischen Gefängniswesens informiert wurden.

Das Charlower Gefängnis beherbergt gegen 700 Strafgefangene beiderlei Geschlechts; neben kriminellen gibt es auch politische Verbrecher. Freilich wurde uns gesagt, daß niemand nur wegen seiner politischen Überzeugung eingesperrt würde, sondern daß es sich bei den „politischen“ Verbrechern um Leute handle, die sich irgendwelchen schuldig gemacht hätten, also einer Sabotage des sozialistischen Aufbaus usw. Dieser Begriff ist nun naturgemäß sehr dehnbar und die Geschichte der russischen Sabotageprojekte beweist, daß man immer dann solche groß aufgemachte Prozesse führte, wenn die innerpolitischen Schwierigkeiten wuchsen und irgendein Ventil gesucht wurde.

Im Gefängnis befinden sich auch Leute, die mit der höchstzulässigen Kerkerstrafe von zehn Jahren beurtelt wurden. Daneben gibt es in Rußland nur noch das „höchste Strafausmaß“, nämlich die Verurteilung zum Tode. Der Kommandant bemerkte, daß bisher noch kein einziger der zu zehnjähriger Kerkerstrafe Verurteilten tatsächlich diese ganze Zeit abgeessen habe, da es zahlreiche Erleichterungen gibt, die eine Strafverlängerung ermöglichen. So kann bei guter Führung nach Verbüßung eines Drittels der Strafe bereits der Antrag auf Straferlassung gestellt werden, die in besonderen Fällen bis zu zwei Dritteln des Strafausmaßes gehen kann. Andererseits werden die Strafgefangenen nach ihren Fähigkeiten zu Arbeiten herangezogen, und wir sahen große Schloffer- und Tischlerwerkstätten, eine vollständig eingerichtete Druckerei mit Hochpressen, wo auch Zeitungen im Verkaufsraum gedruckt werden. Jeder Arbeitstag wird den Häftlingen bei der Abbüßung der Strafe doppelt angerechnet, so daß auch damit eine bedeutende Abkürzung erfolgen kann. Bei besonders günstiger Führung kann eine zehnjährige Kerkerstrafe schon nach 20 Monaten als verbüßt erklärt werden.

Als Prinzip des sowjetrussischen Strafvollzuges gilt nicht die Bestrafung, sondern die Besserung und Erziehung des Häftlings zur Gemeinschaftsarbeit. Deshalb gibt es keine Einzelzellen, sondern die Häftlinge werden in Gemeinschaftszellen zu 25 bis 30 Insassen vereinigt. Den Zellen ist eine gewisse Autonomie

eingeräumt, sie haben gewissermaßen ihren selbstgewählten Vorstand, der vor allem für die Disziplin der Zelle verantwortlich ist, dann aber auch die Erziehung zum Gemeinschaftsgeist zu beforschen hat. Disziplinarmittel in dem bei uns üblichen Sinne gibt es nicht, wie z. B. Fajten, Einzelhaft oder Dunkelzelle, und der ausgeübte Druck beschränkt sich angeblich auf moralische Mittel. So gibt jede Zelle eine 14tägig erscheinende Wandzeitung heraus, die von den Häftlingen selbst hergestellt wird — wie wir uns nachher persönlich überzeugen konnten, ist sie zumeist sehr hübsch ausgestattet — wo neben den allgemeinen Besichtigungen auch kritische Darstellungen über die Zustände im Gefängnis veröffentlicht, hauptsächlich aber über Verfehlungen der Zellen-genossen angeprangert werden. Sind diese schwerer Natur, so werden sie einem Zellengericht vorgelegt; die verhängten Strafen sind mehr negativ als positiver Natur, indem sie keine Straferhöhung, wohl aber den Entzug gewisser Begünstigungen bewirken können. Diese Begünstigungen sind mannigfacher Art. Die Häftlinge erhalten beispielsweise wöchentlich einen Ausgang, um ihre Familien besuchen zu können. Ferner können sie zu „Mädnitz“, zu Strohbrigaden, ernannt werden, die auch längere Urlaube von acht und 14 Tagen erhalten, in bestimmten Intervallen die Bewilligung zum Besuch von Theater- oder Konzertvorführungen bekommen, bei gedeckten Tischen essen usw. Von den 700 Insassen des Gefängnisses waren etwa 300 zu „Mädnitz“ ernannt; die Qualifikation hierzu richtet sich nach dem allgemeinen Verhalten, nach dem Arbeitseifer, hauptsächlich aber nach dem Grad der erworbenen Fähigkeit zum Gemeinschaftsleben.

Wir fragten, ob die Sträflinge bei den Urlaube keine Fluchtversuche unternehmen. Es wurde uns gesagt, daß dies äußerst selten vorkomme, und wenn, so melde sich der Betreffende in der Regel nach zwei bis drei Tagen wieder. Man versteht das natürlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß diese Leute nirgends an den Verpflegungsdienst angeschlossen sind, der über die Betriebe geht, so daß sie also keinerlei Lebensmöglichkeit haben. Sie müßten dann betteln und würden schließlich wieder aufgegriffen, so daß sie also eigentlich zwangsläufig wieder auf den ihnen zugewiesenen „Posten“ zurückkehren müssen.

Ähnlich ist es mit der Rückfälligkeit, die nur sehr selten vorkomme. Ihr wird dadurch vorgebeugt, daß jeder Haftenslaffene sogleich in irgendeinen Fabrikbetrieb geieckt wird, wobei die Gefängnisleitung mit ihm längere Zeit in Kontakt bleibt. Sie hilft ihm mit Rat und Tat, man gebe unter Umständen auch Geldunterstützungen. Es ist also eine Art humaner Polizeiaufsicht, um die es sich handelt, nur daß sie nicht wie bei uns nahezu jedes Weiterkommen der entlassenen Sträflinge verhindert, sondern sich wirklich bemüht, aus ihnen „nützliche Glieder der Gesellschaft“ zu machen, wie der stereotype Ausdruck lautet.

Die Arbeit der Sträflinge wird mit einem bestimmten Satz bezahlt, der unter den normalen Löhnen, jedoch weit über den bei uns üblichen Entschädigungen liegt. Die freie Verwendung der Gelder ist ebenfalls ein Bestandteil des Systems der Vergütung der Gefangenen. Von psychologischen Bedeutung ist der Umstand, daß die Häftlinge keine Sträflingskleider tragen.

Die Beschäftigung des Gefängnisses bestätigte im wesentlichen die Richtigkeit der uns gemachten Angaben. Auf dem Gefängnishof empfing uns eine vielhundertköpfige Menge, und als wir erstaunt fragten, was das sei, wurde uns erwidert, dies seien eben die Sträflinge, die bereits ihr Arbeitspensum erledigt haben und sich nun an der frischen Luft erholen. In einer Ecke des Hofes spielte eine Musikkapelle, in einem anderen Winkel fanden wir eine Gruppe, die emsig Volleyball spielte. Das Gehaben der Sträflinge war durchaus offen und frei, manche von ihnen zupften den

Deutschland hat keine Devisen

Nachteile Einschränkung der Einfuhr.

Die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung veröffentlichte dieser Tage im „Reichsanzeiger“ folgende Verlautbarung:

Für den Monat Juni ist die Ausnutzung der allgemeinen Devisenkontingente für die Wareneinfuhr auf 10 v. H. des Grundbeitrages und die Ausnutzung der Rembourskontingente auf 20 v. H. des Grundbeitrages festgesetzt worden. Um die Einfuhr lebensnotwendiger Rohstoffe nicht den gleichen einschneidenden Einschränkungen zu unterziehen, ist die Zuteilung von Devisen für die von den Überwachungsstellen bewirtschafteten Rohstoffe: Wolle, Baumwolle, Wajifajer, Häute, Felle und unedle Metalle ab 1. Juni 1934 einer besonderen Regelung unterworfen worden. Diese Rohstoffe dürfen in Zukunft nicht mehr im Rahmen der allgemeinen Divisengenehmigungen bezahlet werden, sondern nur auf Grund der besonderen Anordnungen, die von den Überwachungsstellen in Verbindung mit den Devisenstellen getroffen werden — Die Baumwolleneinfuhr soll nach Möglichkeit weiter unterbunden werden, die bearbeitende Industrie soll sich mit in Deutschland vorhandenen Ersatzmitteln behelfen.

Wie man sieht, eilt die deutsche Industrie, in der sich der Mangel an Rohstoffen bald bemerkbar machen muß, einer katastrophalen Situation entgegen.

Kommandanten oder einen der Offiziere am Aermel und fragten dies oder jenes. Aus einer Gruppe von Leuten zogen wir einen heraus und fragten ihn, was er verbrochen habe. Es war ein junger Burche, der etwas gestohlen hatte und dafür 18 Monate Gefängnis erhielt, also einen ziemlich hohen Strafmaß für ein Eigentumsdelikt. Auf unsere Frage, wie es ihm hier gefalle, antwortete er gutmütig: „Es läßt sich leben“. Ein anderer zeigte wieder reges Interesse dafür, wie der Strafvollzug bei uns geregelt sei und was man mit Leuten tue, die stehlen. Als wir antworteten, daß man sie auch einsperrt und im Wiederholungsfalle neuerlich, schien er etwas enttäuscht. Bierschick hat er sich vorgestellt, daß man das in den kapitalistischen Ländern mit dem Stehlen nicht so genau nehme.

Während unseres Rundganges durch das Gefängnis begleitete uns ständig ein Schwarm von Häftlingen, die sehr oft auch paarweise gingen. Teils handelte es sich um Besuche, aber man sagte uns auch, daß man der Annäherung männlicher und weiblicher Gefangener keine Schwierigkeiten in den Weg lege, wenn man sähe, daß es sich nicht um ein „huligantst“, also um irgendeine verbrecherische Sache handle.

Die Zellen machten einen sauberen Eindruck, die Fenster haben keine Gitter, die Zellentüren sind offen, überall sieht man Zeitungen oder Bücher. Eine reichhaltige Bibliothek sorgt für die geistige Nahrung, und man sagt uns, daß meist technische Werke verlangt würden, ferner Reisebeschreibungen und gesellschaftswissenschaftliche Werke. Man führt aber auch Belletristik. Die Küche war zweckmäßig eingerichtet, ebenso die Krankenabteilung und die Werkstätten. Im großen und ganzen weist diese Art des Gefängnislebens eine große Ähnlichkeit mit dem Kasernenleben auf; sie läßt sich vielleicht am besten mit einem etwas härteren Militärdienst vergleichen.

Die Inhaftierten können auch ihre Kinder mitnehmen, für die ein reizendes Kinderzimmer eingerichtet ist. Für die Jugendlichen besteht eine besondere Abteilung, der „Kollektor“, wo ihnen größere Aufmerksamkeit bei der Erziehungsarbeit zuteil wird. Am Schluß überraschte man uns mit einem ausgezeichnet vorgeführten, gesungenen und gesprochenen revolutionären Melodram.

Obwohl dieses russische Gefängnisystem bei uns sicherlich als Utopie bezeichnet würde, darf man sagen, daß es vom gesellschaftlichen Standpunkt aus seinen Zweck besser erfüllt als die bei uns geübten Methoden.

Ringkampf mit einem Tiger

Von der Bestie angesprungen. — Das gefährliche Jagdabenteuer eines Offiziers.

Ueber einen dramatischen Kampf auf Leben und Tod, der sich dieser Tage im indischen Dschungel zwischen einem Leutnant der indischen Armee und einem Tiger abspielte, hat, wie aus Heiderabad berichtet, der Offizier, der bei diesem Abenteuer so schwer verletzt wurde, das an seinem Aufkommen gezweifelt werden muß, befindet sich augenblicklich im Krankenhaus; die Bestie dagegen ist noch während des Kampfes getötet worden.

Der Leutnant Muntag Ali, vom 3. Infanteriebataillon, hatte sich vor einigen Tagen Urlaub genommen. Als leidenschaftlicher Jäger, der er von jeher gewesen ist, entschloß er sich, seinen Urlaub im Dschungel zu verbringen und dort auf wilde Tiere zu jagen. Die kleine Jagdgesellschaft, die aus ihm und einigen Freunden vom Regiment bestand, war gerade im Begriff, aus Heiderabad aufzubrechen, als sich unerwartet die Bewohner einer in der Nähe von Heiderabad gelegenen Ortschaft bei dem Offizier meldeten und ihm von dem Unwesen erzählten, das ein riesiger Königstiger in der Gegend, die er in Angst und Schrecken versetzte, trieb. Der Offizier erklärte sich daraufhin gleich bereit, die Jagd

nach der gefährlichen Bestie aufzunehmen und ließ sich von den Eingeborenen an Ort und Stelle führen.

Engumschlungen in den Graben gerollt . . .

Die Jagdgesellschaft teilte sich in mehrere Gruppen und durchstreifte nun zwei Tage lang den dichten Urwald, in dem sich nach Aussage der Eingeborenen das Tier tagsüber verborgen halte. Man stieß zwar wiederholt auf Fußspuren der Bestie, ohne diese jedoch selbst zu Gesicht zu bekommen. Endlich, gegen Abend des dritten Tages, wurde der Schlupfwinkel des Tigers entdeckt, in einer ziemlich schwer zugänglichen Höhle. Um nun das Tier dazu zu bringen, aus seinem Versteck herauszutreten, wurden zunächst Holzprügel und Steine in den Gang der Höhle hineingeworfen. Da man mit diesem Bombardement jedoch keinen Erfolg hatte, feuerte der Leutnant Muntag Ali blindlings einen Schuß hinein.

Einen Augenblick lang trat daraufhin Totenstille ein. Plötzlich hörte man dann ein Rascheln in dem trockenen Laub und kurze Zeit darauf erschien auch schon die Bestie am Ausgang der Höhle. Sofort legte der Offizier wieder an und gab einen Schuß ab, der den Tiger, der bereits das erste Mal getroffen worden war, am Schulterblatt verwundete. Das durch den Schmerz und seine Wunden aufs höchste gereizte Tier ging alsbald zum Angriff über. Mit einem lähmen Satz durch die Luft durchmaß der Tiger die kurze Entfernung, die ihn von

seinem Verfolger und Todfeind trennte, und stürzte sich auf den von diesen unerwarteten Angriff völlig überraschten Offizier. Nur seinem Trophäenhelm hatte es dieser zu verdanken, daß sich die furchtbaren Krallen der Bestie nicht tiefer in seinen Nacken und in seinen Schädel einbohrten. Und nun folgte zwischen dem Mann und der Bestie ein dramatischer Ringkampf auf Leben und Tod, der minutenlang anhält und zunächst damit endete, daß die beiden Gegner engumschlungen in einen etwa vier Meter tiefen Graben rollten.

Von lähmendem Entsetzen gepackt, geflüchtet . . .

Nur einem reinen Zufall verdankte der Offizier schließlich sein Leben. Es gelang ihm nämlich, sich wenigstens für einen kurzen Augenblick aus der tödlichen Umklammerung durch die Bestie zu lösen und den Karabiner, der glücklicherweise mit in den Graben gefallen war, zu fassen. Ein Schuß in die rechte Schläfe des Tigers bedeutete für ihn die Rettung, denn nun erlahmten die Kräfte des Tigers, der bald darauf verendete.

Der an beiden Armen zerfleischte, an beiden Schultern, an Hals und Nacken und am Kopf schwer verwundete Leutnant rief nach Hilfe, aber seine Hilfesuche verhallte ungehört, denn sämtliche Eingeborenen, die ihn begleitet hatten, waren, von lähmendem Entsetzen gepackt, schon längst geflüchtet. Erst viele Stunden später wurde dann der Offizier, der durch den ungehörigen Wutverlust ohnmächtig geworden war, von seinen Kameraden gefunden.

PRAGER ZEITUNG

Bevölkerungsbewegung in Prag im Jänner 1934. Es wurden 402 Ehen geschlossen, 703 Kinder geboren (771 lebend, 22 tot), gestorben sind 961 Personen. Die Ziffer der Lebendgeborenen ist 190 größer als die Ziffer der Lebendgeborenen Kinder. Die meisten Todesursachen waren Herzkrankheiten (194 Fälle), Krebs (115), Tuberkulose (111) und Lungenerkrankungen (71). Selbstmorde wurden 25 verzeichnet (in 16 Fällen Männer und in 9 Fällen Frauen). Jährlich entfallen auf 1000 Einwohner 5,4 Ehen, 10,6 Geburten (davon 10,3 lebendgeborene). Auf 1000 lebend geborene Kinder fielen jährlich 92,1 tot geborene. Nach Prag zugezogen sind 9413 Personen, davon 8712 aus der Republik und 701 aus dem Ausland, ausgewandert sind 7943, so daß der Ueberschuß der Zugewanderten über den der Ausgewanderten 769 Personen betrug. Zum vorübergehenden Aufenthalt kamen 32.805 Personen nach Prag, davon 28.509 Personen aus der Republik und 4356 Personen aus dem Ausland. Das Heimatrecht der Prager Gemeinde erhielten 1399 Personen. Die Religion wechselten 534 Personen (aus der römisch-katholischen Kirche sind 160 Personen ausgetreten, eingetreten sind 252, aus der tschechoslowakischen Kirche sind 137 aus und 158 in dieselbe eingetreten). 178 Personen haben aufgehört, konfessionslos zu sein, 70 Personen wurden konfessionslos.

Deutsche Hauptstelle für Kinderbeschäftigung und Jugendfürsorge. Die diesjährige Hauptversammlung findet am Donnerstag, den 14. Juni, um halb 6 Uhr nachmittags in der Saalerei der Hauptstelle Prag I., Malé nám. 11, statt.

Gerichtssaal

Eine Gipfelleistung übler Reklame

„Dorokope“ mit sexuellen Nistfischen in den Händen von Schulmädchen. — Firma „Hydiko“ vor Gericht. — Das belächelte Aftenblatt aus dem Prozeß verurteilt.

Prag, 4. Juni. Es ist seit langem bekannt, welchem Unrat man in den Interzesspalen gewisser Zeitungen und Zeitschriften begegnet, in denen sich Verdiennerinteresse und Völlerei über die Hand reichen. Wunderwundernde Töne, gaudelhaft wirkende Schönheitsmittel, Rezepte, in kürzester Zeit Millionär zu werden, Schicksalsdeuter aller Art usw. usw. werden einer feilbietenden Verlegerin angepriesen und finden leider auch Interessenten. Das Vergnügen aber ist, daß die marktpräparierten Methoden der Reklame gemacht haben. Zu welchen Konsequenzen diese Reklamemethoden führen, beweist dieser, in mehr als einer Hinsicht standalöse Prozeß, der vor dem hiesigen Bezirksgericht (W. R. Dr. Simáček) verhandelt wurde.

Angeklagt war der Inhaber der Firma „Hydiko“, Herr Trefný, der Uebertretung gegen die öffentliche Sittlichkeit. Die Art, in der diese mit hygienischen Arzneien handelnde Firma, ihre Reklame betreibt, ist geradezu wüthend geworden. Ein solcher Werbefeldzug wurde von der Firma „Hydiko“ in der Art durchgeführt, daß sie in der in Mähren-Schlesien sehr verbreiteten Zeitschrift „Proud“ („Der Strom“) den Lesern „Dorokope“ vertrieb, also eine aetologische Deutung ihres vergangenen und künftigen Lebenslaufes. Auf Grund dieser Reklame offerierte ein dreizehnjähriges Schulmädchen aus einer Gemeinde des Südtiroler Bezirkes diese 6 Ké, denn in ihrer kindlichen Neugier wollte sie gern etwas von ihren künftigen Schicksalen erfahren. Daraus erhielt das Kind ein „Dorokope“, das nichts anderes war, als ein mechanisch verstellbares Flugblatt, worin zu lesen stand, daß sie,

die Dreizehnjährige, eine Frau von großer Fruchtbarkeit sei, daß sie aber trotzdem nicht mehr als drei Kinder haben werde, wenn sie beim Geschlechtsverkehr gewisse Vorsichtsmaßregeln beachte.

Das Schulmädchen, das gar nicht recht verstand, was die Maßregeln eigentlich bezweckten, brachte das „Dorokope“ ihrer Lehrerin, die es an die vorgelegte Behörde weiterleitete. Schließlich landete der sonderbare Prospekt im Schulministerium, das ihn mit einer entsprechenden Erläuterung der Prager Polizeidirektion abtrat. So kam es zur Strafanklage gegen Herrn Trefný, den Inhaber der Firma „Hydiko“, wegen Uebertretung gegen die öffentliche Sittlichkeit, denn eine solche sexuelle Aufklärung mit kommerziellem Hintergrund wurde mit Recht als anstößig erachtet.

Die Art, in der sich dieser Herr Trefný vertheidigte, zeigt übrigens die kommerzielle Seite dieser Angelegenheit im grellsten Licht. Der Chef der Firma „Hydiko“ erklärte nämlich, es handle sich „nur“ um ein Verfehlen des Beamten, dem die Expedition dieser famosen Dorokope oblag. Denn diese „Dorokope“ (die doch jedes für sich das Einzelschicksal eines Menschen betreffen sollen)

wurden zu Tausenden mechanisch vervielfältigt und an die Interessentinnen (6 Ké pro Stück) ausgehändigt.

So sei eben „verleichtlich“ das Flugblatt in die Hand des Schulmädchens gelangt.

Man kann nicht sagen, daß sich Herr Trefný durch diese Vertheidigung sehr genügt hat. Denn als der Richter von der massenhaften Anfertigung der „Dorokope“ hörte, erklärte er sich als unzufrieden, weil es sich bei solchem Tatbestand nicht mehr um eine bloße Uebertretung, sondern um ein Vergehen handle, für das ein Kreisgerichtszustand zuständig sei. Die Akten wurden also wieder Erhebung der Anklage vor dem Kreisgericht, der Staatsanwaltschaft abgetreten.

Bei Durchsicht des Aktes machte Bezirksrichter Dr. Simáček aber eine weitere standalöse Entdeckung.

Das als corpus delicti im Akt liegende Flugblatt

ist verschwunden und gegen ein anderes mit harmloserem Text vertauscht worden.

Bezirksrichter Simáček konnte das mit absoluter Sicherheit feststellen, denn er hatte sich seinerzeit besonders krasse Stellen mit Rotstift angemerkt. Das im Akt liegende Flugblatt enthielt diese Stellen überhaupt nicht, so daß nur die eine Möglichkeit offen bleibt, daß irgendjemand das Original entwendet und ein unverfängliches Ersatzstück dafür eingesetzt hat.

Es wurde aus diesem Grunde die Strafanklage gegen unbekannte Täter erstatet.

Die „entführte“ Schwiegermutter

Die 45jährige Schwiegermutter und der 26jährige Schwiegersohn.

Prag, 5. Juni. Eine merkwürdige Sache wurde heute vor dem Senat Werner verhandelt. Angeklagt war ein 26jähriger Mann aus dem Dorfe Pöcher bei Klado des Verbrechens der Entführung einer Frau, und zwar seiner eigenen Schwiegermutter, der 45jährigen Bergmanns Witwe Elisabeth S. Beide gemeinsam waren außerdem angeklagt der Uebertretung der Unzucht zwischen Verwandten bzw. verschwägerten Personen.

Die teilweise mitangeklagte Elisabeth S. lebte mit ihrem 56jährigen Mann und ihrer verheirateten Tochter zusammen in einem Häuschen. Durch mehr als fünf Jahre verließ das Zusammenleben ohne jeden Anstand. Dann aber begann die Schwiegermutter an dem Schwiegersohn einen Gefallen zu finden, das sich bald zu bedenklichen Ausmaßen steigerte. So äußerte sich diese Sympathie in dem charakteristischen Ausdruck zu einer guten Freundin, daß ihr alter Mann „nichts besseres tun könne, als in den Schacht zu springen“. Es gab natürlich viel Gerede in dem kleinen Ort über das sonderbare Verhältnis zwischen der Schwiegermutter und ihrem um fast 20 Jahre jüngeren Schwiegersohn. Die Folge waren häßliche Auftritte im engeren Familienkreis, denn weder der Schwiegersohn, noch seine Tochter, die von ihrem Mann ein heute fünfjähriges Töchterchen hat, waren mit den intimen Beziehungen zwischen Schwiegermutter und Schwiegersohn einverstanden. Nach einem heftigen Aufruhr mit dem Schwiegersohn flüchtete schließlich der Angeklagte durch das Fenster seiner Parterrewohnung und nahm seine Schwiegermutter mit. Sie quartierten sich in der Ortschaft Mohyln ein und bewohnten gemeinsam in den nächsten drei Wochen ein Zimmer, das nur ein Bett enthielt. Die 45jährige räumte in dieser Zeit öfters ihren Schwiegersohn und erklärte, daß sie sich „wie eine fünfundsiebzigjährige fühlte“. Die verlassenen Ehepartner gaben sich aber nicht so ohne weiteres zufrieden, sondern erstatteten die Anzeige.

Die heutige Verhandlung war zum größten Teil geheim, so daß über Einzelheiten nicht berichtet werden kann. Sie endete mit einem Freispruch, denn den Tatbestand der „Entführung“ konnte das Gericht bei Berücksichtigung der Umstände nicht für gegeben erachten. Aber auch im zweiten Punkt der Anklage sei ein schlüssiger Beweis nicht erbracht worden.

Kunst und Wissen

Die Akademie der bildenden Künste in Prag VII, ul. II Akademie Nr. 4, veranstaltet wie jedes Jahr die Jahresausstellung der besten Schülerarbeiten in der Zeit vom 9. bis 13. Juni 1934. Die Ausstellung ist den ganzen Tag geöffnet und den Interessenten unentgeltlich zugänglich.

Reinigung der „Don Juan“ im Nationaltheater. Der Abschluß des „Prager Frühling“ wird von der Oper des Nationaltheaters mit einer Aufführung von Mozarts Oper „Don Juan“ in neuer Fassung, Ausstattung und Regie begangen werden. Die Premiere ist für Sonntag, den 17. Juni, angesetzt. Die Titelrolle hat Wilhelm Fitek inne. Die Oper studiert Ottomar Stréil, er wird sie auch dirigieren. Die Regie befragt Josef Zruana, die Ausstattung Vladimir Hofman. Zur Inszenierung dieser Oper, die Mozart in Prag auf der Vertikalkomponiert hat, wird zum erstenmal die Drehbühne benutzt werden.

Freitag Premiere „Der Jakobiner“ von Dobrotka. Gastspiel Paul Ludikar. Uebrig

Der Arzt als Brandstifter

Der Polizeichef von Cincinnati im Staate Ohio war der Verurteilung nahe. Seit Wochen wurde die Stadt von geheimnisvollen Bränden heimgesucht, bei denen es oft an einem Paar hing, daß sie nicht für die ganze Stadt zur Katastrophe wurden. Man schah es, daß, während die Feuerwehr in einer Nacht zu Tode erschöpft von einer Löscharbeit einrückte, sie sofort wieder an das entgegengesetzte Ende Cincinnati gerufen wurde. Die Feuerwehrleute kamen buchstäblich nicht zum Schlaf und einige von ihnen mußten sogar ihre Pflichten mit dem Leben bezahlen.

Ueber die Person des Täters tappte man völlig im Dunkel. Zweifellos handelte es sich um Brandstiftungen, denn man fand immer Spuren, die auf vorsätzliche Brandlegung schließen ließen. Aber der Mann wollte sich mit unheimlicher Geschicklichkeit allen Nachforschungen der Polizei zu entziehen. Die Bewohner jener Viertel, die von den Bränden besonders stark heimgesucht wurden, lebten in einer ständigen Panik. Ganze Familien wurden von einer wahren Angstschwere befallen, und manchmal ge-

schah es, daß die Polizei in einer Nacht ein Dutzendmal auf blinden Alarm hin ausrückten mußte. Sie konnte jedoch diese Alarme nicht unbeachtet lassen, denn auch bei den wirklichen Bränden wurde sie immer von einem unbekannten Mann angerufen, der sie von dem Ausbruch des Feuers verständigte.

Krankenbesuch mit Feuerschein. Wie schon oft, so wurde auch in diesem Falle der Zufall zum besten Helfer der Kriminalisten. Man hatte schon beinahe die Hoffnung aufgegeben, den geheimnisvollen Brandstifter zu fassen, als ein Polizist eines Nachts einen Mann bemerkte, der in verdächtiger Weise um ein Haus schlich. Er hielt den Mann an und fragte ihn barfuß, was er in dem Hause gemacht hätte. Der Fremde zeigte sich über die „Belästigung“ sehr ungehalten und wies sich mit einer Legitimation als der Arzt Dr. Ralph Trevor aus.

„Ich war bei einem Patienten zu Besuch“, erklärte er. Der Polizist entschuldigte sich daraufhin, grüßte höflich und wollte weiter seines Weges gehen — da bemerkte er plötzlich einen Feuerschein. Nun hielt er den Arzt fest, verständigte die Feuerwehr und nahm Dr. Trevor auf die Polizeiwache mit.

Der Polizist entschuldigte sich daraufhin, grüßte höflich und wollte weiter seines Weges gehen — da bemerkte er plötzlich einen Feuerschein. Nun hielt er den Arzt fest, verständigte die Feuerwehr und nahm Dr. Trevor auf die Polizeiwache mit.

Sport • Spiel • Körperpflege

Leichtathletische Vereinswettkämpfe des Prager Atus

gelangen am Samstag, den 9. Juni, um 5 Uhr nachmittags, am D. S. Sportplatz auf der Gabel zur Austragung. Das Programm sieht einen Dreikampf für Turnerinnen und einen Rüstkampf für Turner vor. Ferner wird bei jedem Teilnehmer eine Freiübung, die ausgestellt wird, gewertet. Für die Turnerinnen sind 60 Meter Laufen, Hochsprung und Kugelstoßen vorgesehen, während die Turner 200 Meter Laufen, Hochsprung, Weisprung, Kugelstoßen und Speerwerfen absolvieren. Falls es die Zeit erlaubt, werden auch Stafetten durchgeführt. Die Veranstaltung wird mit einem Appell der gesamten aktiven Mitglieder, circa 7 Uhr, durch Abg. Genossen Jaffsch abgeschlossen. Der Eintritt ist frei, doch werden freiwillige Spenden dankend entgegengenommen.

Bürgerlicher Sport

Wild-Westgau — Spiegelbild bürgerlicher Sporterziehung. Es vergeht kein Sonntag in diesem D. S. Gau, ohne daß nicht Ausfahrten u. dgl. auf den Sportplätzen vorkämen. Letzten Sonntag hatte Markhausen seinen „großen Tag“, wo die Zuschauer wegen der bevorstehenden Niederlage der Heimischen den Schiedsrichter verprügelten und Spieler der Gäste blutig schlugen, so daß ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte.

Der Film

Irrdichtung der Verlogenen

Das Kino „Metro“, die eifrigste Vermittlungsstelle für nazideutsche Film-Manifeste, ist jetzt wieder zum Versammlungsort der schau- und spendelustigen Prager Goebelsgemeinde geworden. Es herrscht eine ununterbrochene Stimmung, denn es geht hoch her in dem neuen Ufa-Film, der sich unergründlicherweise „Arztlicher der Millionen“ nennt und neben Hochzeitsdrammel, Rindstanz und Untermenschenorgie nach Schmutz, Selbstmord und Wasserwerkhaftung sowie Wundermärchen über die Wirtschaftskrise bietet.

Es ist eine dreiste Phantasie aus Tollheit und Verlogenheit. Zur Empfehlung des braunen Nationalismus wird hier gegen die Herren geht, die ihre deutschen Gewinne ins Ausland brachten, — dieselben Herren also, deren Amnestierung die erste Sorge derer von Herrenklub und Hakenkreuz war. Und zur Weihe des hitlerischen Volkstaates durch die „Wirklichkeit“ widerlegt, die so aussieht, daß die Arbeiter Feie feiern, während der arme Untermensch die Nächte durcharbeitet und sich erschöpft, weil er seine Schulden nicht bezahlen kann. So traurig endet der brave Chef Vötker, der aber mit seiner Braut nicht vereinselt darf; denn auch sein Konkurrent Müller weiß, was einem nationalen Mann genügt: er erwirbt den Betrieb des feeligen Vötker billig bei der Auktion und übernimmt zugleich einen Teil der Angelegten, und weil der Filmheld unter diesen Umständen ist, erscheint das soziale Problem bezeichnend gelöst.

Es ist unmöglich, daß ein Mensch, auch wenn er nur ein Filmautor der „Ufa“ ist, sich etwas derart Groteskes von selbst erdacht haben kann. Aber es ist ein Beispiel für den Geist, den Heinrich Mann das „Denken nach Vorschritt“ genannt hat. Mit unvorstellbaren Verrenkungen wird da der Gipfel der Ver-

heute Mittwoch, abends 8 Uhr, im Hotel „Novop“

Elternversammlung

Lehrer Ernst Thöner, Lehrschüler, spricht über das Thema:

„Bürgerliche Schule oder Mittelschule?“

Alle interessierten Eltern und Lehrer sind herzlich eingeladen.

Arbeiterverein Kinderfreunde.

logieit erklommen. Die ganze Wirtschaftskrise, so sehr man hier im Film, ist angezettelt von ein paar brutalen Finanzleuten, die den schwächeren Untermenschern rücksichtslos zur Strecke bringen (was die Ufa bekanntlich nie getan hat) und die das deutsche Geld eilig über die Grenze packen, — was um so einleuchtender ist, als jenseits der deutschen Grenzen (die Ufa weiß es genau) keine Spur von Wirtschaftskrise zu bemerken ist. Aber wer wird nach solchen Dingen fragen? Der vermutlich „verheiratete“ Arbeiter, der den Bankier Seemann beim Tragen nehmen und zur Rede stellen will, wird von dem Helden der Handlung angeschrien, er solle keine Dummheiten machen und nicht alle ins Unglück bringen. Er hofft nämlich darauf, es bald in Ruhe zu einem Haus und einem Auto zu bringen, — ein Held, der dem Jenseitsbild des revolutionären Herrn Krause wohlgefällt hat.

Es ist überflüssig, nach alledem noch die künstlerische Minderwertigkeit des Ganzen darzustellen. Der Regisseur ist Erich Engel, der einst ein geschätztes Talent für Lustspielaufführungen auf Berliner Bühnen war und bei diesem Film schlicht Mühe hatte, ernst zu bleiben. Von den Darstellern ist es nur um Paul Wegener schade, der den brutalen Bankier mit leichter Verlogenheit und noch immer deutschen Können spielt. Der Hauptdarsteller Eichberger ist eine runde Null, und Brigitte Helm, die sich jetzt zur dämonischen und freigenen noch die heidnische Note zulegen möchte, bleibt weiter ein verirrtes Wannequin. Auch Goerings Hofjude Otto Wallburg spielt mit und versucht, einen Untermenschen darzustellen. Aber es ist ihm im Film nicht so vollkommen gelungen, wie in Wirklichkeit. — eis —

Aus der Partei

Frauenbewegung

Der nächste Lebensabend der Arbeitsgemeinschaft „Eine Frau studiert den Sozialismus“ findet erst am Donnerstag, den 14. Juni, um 7 Uhr abends im Vereinsheim, Karodni trida, statt.

Vereinsnachrichten



PRAG

Aus kommenden Sonntag veranstalten wir einen Bade-Ausflug zum Voleriner Teich, Abmarsch pünktlich um 8 Uhr früh von der Endstation der Linie 5 in Hlavetín.

Filme in Prager Lichtspielhäusern

Bis einschließlich Donnerstag, den 7. Juni. Ufa: „Mädchen in Uniform“ — Ufa: „Ihre Majestät die Liebe“ — Ufa: „Biscuits Abenteuer“ — Gaumont: „Eibi, der Frab“ — Gaiwood: „Ginter Mysterien“ — Kinema: „Journal, Lustspiel, Reportage“ — Kotva: „Unbekannte Melodie“ — Lucerna: „Unbekannte Melodie“ — Olympia: „Abenteuer auf dem Polarkreis“, „Die Frauen von Bali“ — Passage: „Eibi, der Frab“ — Praha: „Der Frab“ — Radio: „Seine beste Klientin“ — Skaut: „Das Fräulein am Volant“ — Svetozor: „Abenteuer auf dem Polarkreis“, „Die Frauen von Bali“ — Alma: „Seine beste Klientin“ — Bajtal: „Männer im Offside“ — Belvedere: „Kapitän Correll und sein Sohn“ — Lido: „Der ewige Jude“ — Louvre: „Menschen hinter Gittern“

Der „Feuerambeter“.

Trevor leugnete hartnäckig, mit dem Brande etwas zu tun zu haben. Es stellte sich heraus, daß er tatsächlich einen Krankenbesuch gemacht hatte. Nichtsdestoweniger wurden am Tatort Spuren gefunden, die den Verdacht gegen Dr. Trevor verstärkten. Er wurde in Untersuchungshaft genommen, und als von diesem Augenblick an die Brände mit einem Schlage aufhörten, war es klar, daß man endlich den Täter gefast hatte. Als ihm dies vorgehalten wurde, brach Dr. Trevor zusammen und legte ein Geständnis ab.

Er erzählte, daß er ein „Feuerambeter“ sei, und von einem unwiderruflichen Zwang zu seinen Taten angetrieben werde. Der Anblick eines Feuers versehe ihn in einen wahren Freuderausbruch. Dieser Trieb war in ihm stärker, als alle Hemmungen, denn er scheute sich nicht, auch solche Häuser in Brand zu setzen, in denen er einige Stunden vorher einen Kranken besucht hatte...

Dr. Trevor wurde zur Beobachtung seines Geisteszustandes in eine geschlossene Anstalt gebracht. Die Psychiater stellten bei ihm Anzeichen einer beginnenden Geisteskrankheit fest. Auf Grund ihres Gutachtens hat der Untersuchungsrichter das Verfahren gegen Dr. Trevor eingestellt.